



Auswertung

DEMOKRATIE UND DU

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	2
Aufbau der Befragung	3
Bezug zu Politik allg. Interesse, Grundrechte und Politisches System.....	5
Partizipationsmöglichkeiten	17
Kennst du das Bundesprogramm „Demokratie leben!“?.....	20
Die Ziele des Bundesprogramms sind:.....	22
Gastbeiträge	23
„In der Region ist alles vertreten, was im Rechtsextremismus gerade allgemein Konjunktur hat“ Interview mit Jan Nowak	23
Antisemitismus – und jetzt? - Hans Simon-Pelanda.....	383
Beutelsbacher Konsens	38
Netzwerke	41
Klassismus	42
Auswahl an weiterführenden Literaturhinweisen	44
NACHWORT	45



Arbeit und Leben Studie
Statistik 2023



Arbeit und Leben Studie
Tirschenreuth - Statistik 2023



Arbeit und Leben Studie
Neustadt - Statistik 2023



Arbeit und Leben Studie
Weiden - Statistik 2023



Arbeit und Leben Studie
Vergleich 2021-23

VORWORT

Als Erläuterung des Hintergrundes für die Umfragen in den drei Jahren 2021, 2022 und 2023 können zwei Zielrichtungen benannt werden.

Das Grundanliegen war es, einen Beitrag zu Jugendpartizipation zu liefern. Der Ansatz der Abfrage nach Interessen und das Ernstnehmen der Zielgruppe sollten als Einstieg/Anfang für verstärkte Jugendbeteiligung dienen, einen Impuls zur Aktivierung ihrer Selbstwirksamkeit geben.

Daneben wollten wir im Jahr 2021 wissen, ob junge Menschen Einschränkungen ihrer Grundrechte durch die CORONA-Pandemie bemerkbar artikulieren. Dazu haben wir ähnliche Fragen formuliert wie die Mitte-Studien (teilweise bewusst provokant); außerdem wollten wir wissen, ob das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (DL!) bei den Menschen in der Region bekannt ist. Nachdem der Bekanntheitsgrad von „DL!“ nach der Auswertung der Umfrage sehr zu wünschen übrigließ, haben wir im 2. Halbjahr eine Öffentlichkeitskampagne mit einer Werbeagentur im Landkreis Neustadt und der Stadt Weiden gestartet.

Im Jahr 2022 sollte eine Kontrolluntersuchung zeigen, ob der Bekanntheitsgrad signifikant besser geworden ist. Auch hier war das Ergebnis mit mäßigem Erfolg verbunden. Deshalb startete die Partnerschaft für Demokratie in Weiden auf Instagram und Facebook eine weitere Öffentlichkeitskampagne.

Im Jahr 2023 folgte noch einmal eine Kontrollumfrage. Signifikante Verbesserungen konnten in allen drei Partnerschaften festgestellt werden. Falls eine dritte Förderperiode des Bundesprogramms ab dem 1.1.2025 kommen sollte, beabsichtigen die Verantwortlichen einen Übergang in einen 2-Jahres-Rhythmus, um Veränderungen oder Entwicklungen aufzeigen zu können.

Den Verantwortlichen ist bewusst, dass die Ergebnisse nicht im strengen Sinn als repräsentativ betrachtet werden können, sie geben aber ein Stimmungsbild für die Region. Einige Erkenntnisse werden aber durch andere Studien bestätigt.

Aufbau der Befragung

Der Fragebogen bestand aus 22 Fragen, die in vier Blöcke gegliedert werden können:

- A) Statistische Angaben zu Alter, Geschlecht, Schule, Wohnort (Fragen 1-7)
- B) Bezug zu Politik allgemeines Interesse, Grundrechte und Politisches System (Fragen 8-15)
- C) Partizipation und Schule (Fragen 16, 19-21)
- D) Kenntnisse über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Fragen 17, 18)

Statistische Angaben Alter, Geschlecht, Schule, Wohnort (Fragen 1-7)

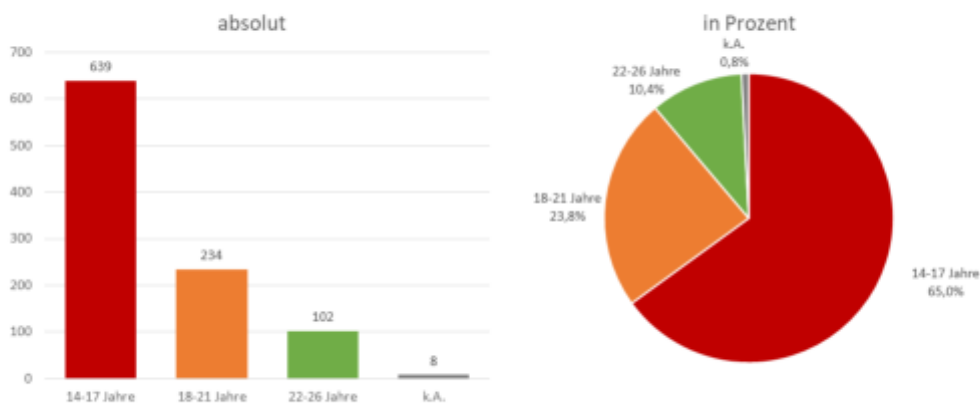
Der Befragungszeitraum der dritten Umfrage erstreckte sich von 1. Mai - 31. Mai 2023.

Zur Verortung des räumlichen Bezugs der Erhebung in der Region sei erläutert, dass im Folgenden der Großraum bestehend aus der Stadt Weiden (WEN), dem Landkreis Neustadt / WN (NEW) und dem Landkreis Tirschenreuth (TIR) als eine Einheit betrachtet wird. Denn viele Schülerinnen und Schüler kommen aus den Landkreisen in die Schule und zur Ausbildung nach Weiden oder umgekehrt.

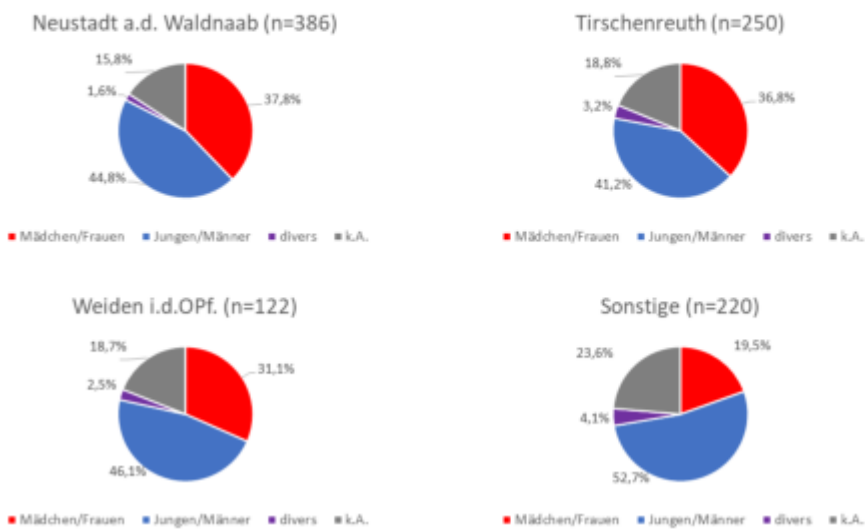
An der Befragung haben im Jahr 2023 983 Jugendliche und junge Erwachsene teilgenommen, davon kamen 758 aus Weiden i. d. Oberpfalz, Neustadt a. d. Waldnaab und Tirschenreuth.

Ein großer Teil waren Schüler*innen, Berufsschüler*innen, Student*innen sowie einige Berufstätige. Nach eigenen Angaben waren die besuchten Schulformen vor allem Mittel-, Real- und Berufsschulen, Fachoberschule, Berufsoberschule und Gymnasien.

Altersverteilung (n=983)



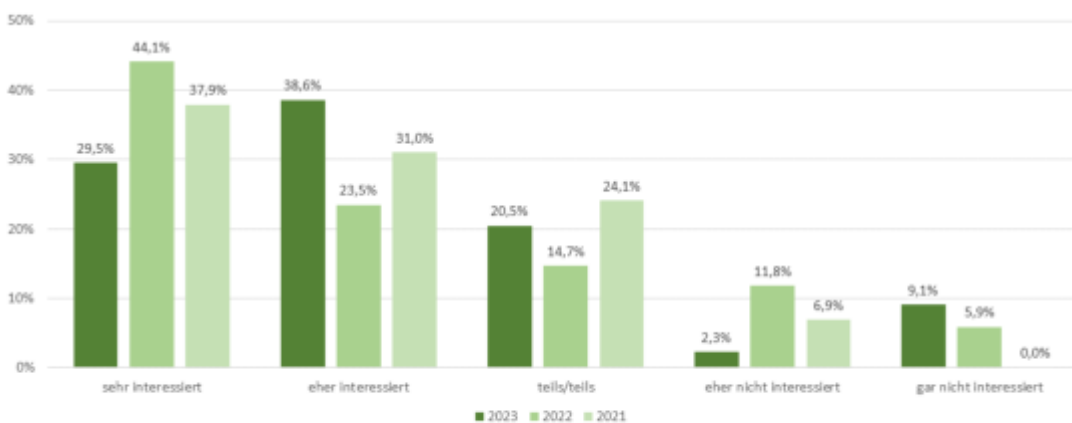
Geschlechterverteilung nach Wohnort (n=978)



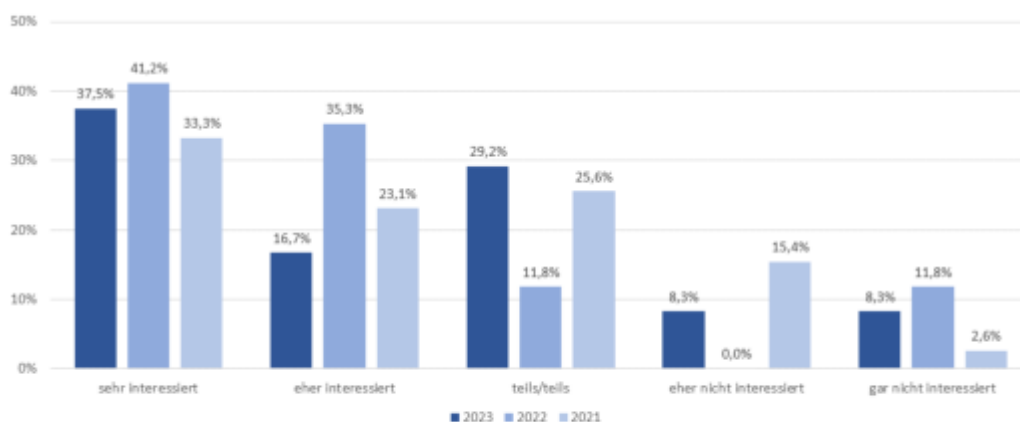
Auffällig ist die Abnahme der in der Familie deutschsprachigen Teilnehmenden an den Umfragen von 2021 über 2022 bis 2023 von 90,6 % auf 82,5 %. Dagegen muss ein Anstieg der nicht deutsch Sprechenden von 8,6 % auf 14,1, % (F 4) festgestellt werden. Als eine Erklärung kann die These angeführt werden, dass dies auch auf die Auswirkung des Ukrainekrieges zurückzuführen ist, durch den nicht wenige schulpflichtige Jugendliche in die Region gekommen sind.

Bezug zu Politik allg. Interesse, Grundrechte und Politisches System (Fragen 8-15)

Interesse an politischen Themen bei der Gruppe der **Berufstätigen** (prozentual, $n_{2023}=44$ / $n_{2022}=34$ / $n_{2021}=58$)



Interesse an politischen Themen bei der Gruppe der **Studierenden** (prozentual, $n_{2023}=24$ / $n_{2022}=17$ / $n_{2021}=39$)

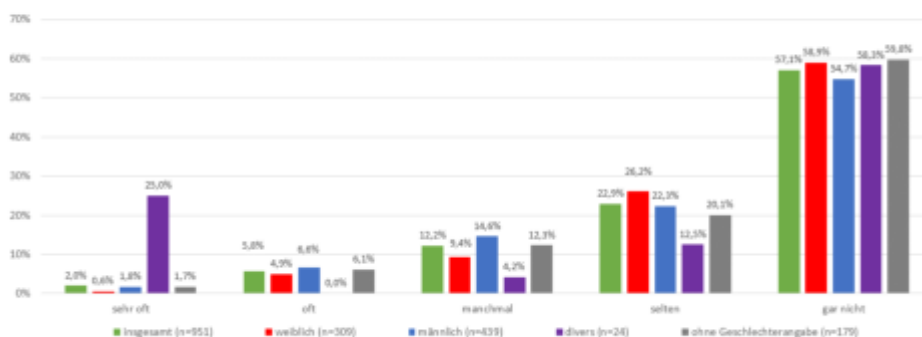


Auf den ersten Blick ist das relativ geringe Interesse an Politik erstaunlich, denn 40 % der Jugendlichen antworteten mit teilweise, 17,2 % mit „eher nicht“ und 6,8 % mit „gar nicht“ an Politik interessiert. Im Vergleich dazu beschäftigen sich 12,9 % „sehr“ und 22,7 % „eher“ mit politischen Themen. Sowohl bei Azubis als auch bei Schüler*innen stimmten die meisten mit „teilweise“ ab.

Ein Grund für so ein geringes politisches Interesse ist womöglich, dass Politik fern von der Lebenswelt der jungen Menschen ist, und diese andere Prioritäten haben. Bei Berufstätigen und älteren befragten Gruppen ist das Interesse signifikant größer (siehe Grafik). Das liegt daran, dass sie die Auswirkungen von guter oder schlechter Politik hautnah am eigenen Leib erleben. Ein anderer Erklärungsansatz könnte das Politikverständnis sein. Wenn unter Politik nur Parteienpolitik in den Parlamenten verstanden wird, ist das geringe Interesse eher nachvollziehbar als bei einem umfassenderen Politikbegriff, der die Interessenlagen und Gestaltungsspielräume im erlebbaren nahen Umfeld der Menschen mit berücksichtigt.

Das bedeutet für schulische und außerschulische Demokratiebildung aber auch, dass sie nicht nur reine Institutionenlehre zum Inhalt haben kann, sondern die drei Facetten von Demokratie darstellen und soweit möglich praktisch erleben lassen muss. Mit Demokratie als Staatsform sind die Rahmenbedingungen für die freiheitlich demokratische Grundordnung (FDGO) unseres Gemeinwesens gemeint. Demokratie als Lebensform zielt auf das alltägliche Zusammenleben der Freien und an Rechten Gleichen. Demokratie als Regierungsform betrifft das, was heute einige als „geteilten Machtgebrauch“ bezeichnen. Früher wurde das als Gewaltenteilung bzw. „checks and balances“ mit drei oder vier sich wechselseitig beschränkenden Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative und deren Kontrolle durch Medien) bezeichnet.

Austausch im Verein über politische Themen (nach Geschlecht, prozentual)



In allen drei Gebietskörperschaften ergab die Frage danach, ob im Verein über Politik gesprochen werde, ein ähnliches Ergebnis. Der Verein erscheint als politikfreier Raum. Hier treibt der Mensch Sport oder geht in erster Linie anderen Vereinsaktivitäten nach (F 36 zu 2023 als Grafik einbinden?) Auch hier stellt sich wieder die Frage des Politikverständnisses: Was verstehen die Befragten unter dem Begriff „Politik“? Wird der Begriff breit oder eng gefasst?



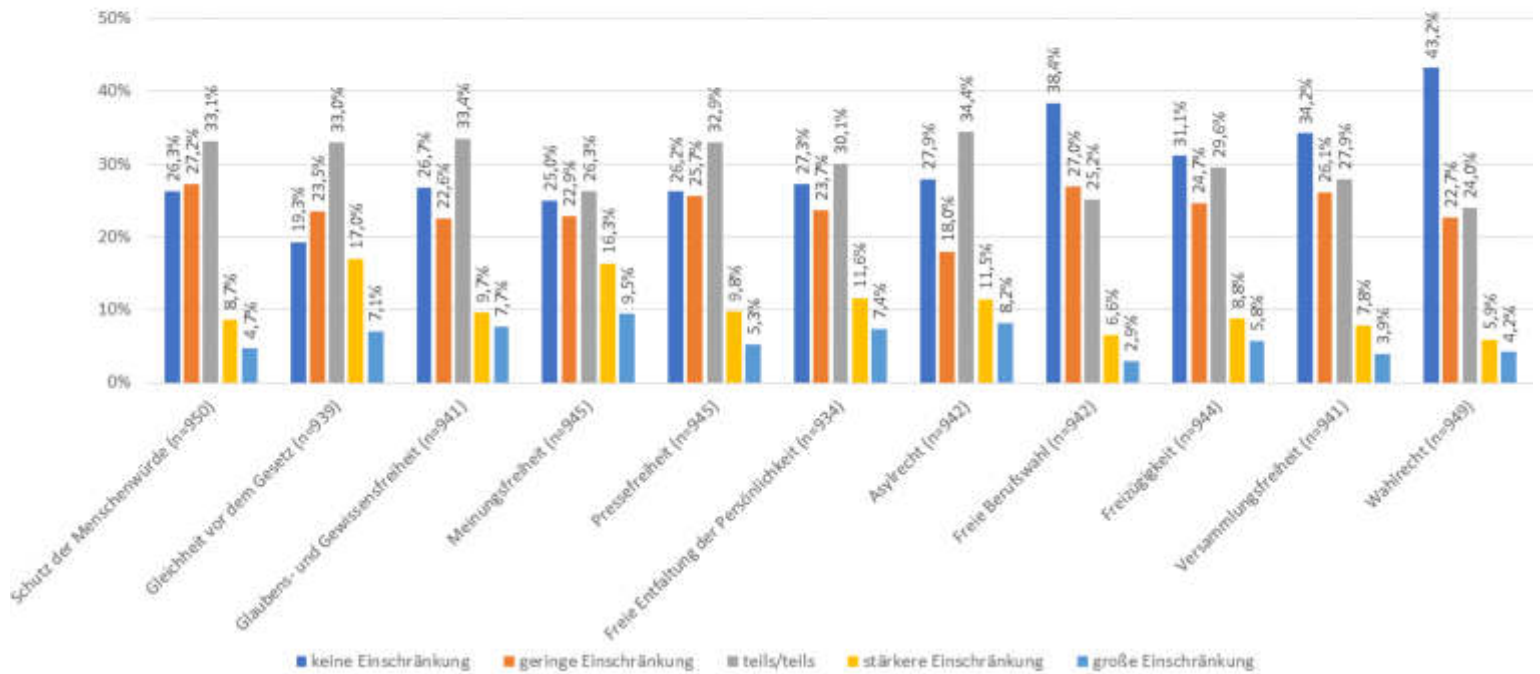
Aber auch wenn wir von einem engen Politikverständnis ausgehen, ist das auf den ersten Blick verständlich, aber auch trügerisch. Wo man/frau behauptet, neutral zu sein, greift bestenfalls die „normative Kraft des Faktischen“ (Georg Jellinek), das Bestehende wird als gut und richtig bewertet, weil es existiert. Im schlimmsten Fall werden damit rückwärtsgewandte Ideen konserviert und Mainstream-Ideen unreflektiert weiterverbreitet.

Für den Lebensbereich der Schule gaben die Jugendlichen zu 40 % an, man spräche „manchmal“ über Politik. Hier ist eine leichte Zunahme von 34,9 % in 2021 auf 40 % in 2023 erkennbar. Demgegenüber steht aber auch ein Rückgang von 13,2 % in 2021 auf 12 % in 2023, dass „sehr oft“ über Politik in der Schule gesprochen wird. Dass sich „oft“ in der Schule mit politischen Themen beschäftigt wird bleibt über den Zeitraum von drei Jahren stabil bei 22 %.

Eine Hypothese hierzu könnte sein, dass sich hier eine Zurückhaltung der Lehrkräfte bemerkbar macht. Dass die ständig wiederholte Vorstellung über Verpflichtung zu einer falsch verstandenen Neutralität hier bereits wirkt und zu Verunsicherung bei Lehrkräften führt. Mehr dazu unter der Überschrift „**Beutelsbacher Konsens**“. (siehe S. 39)

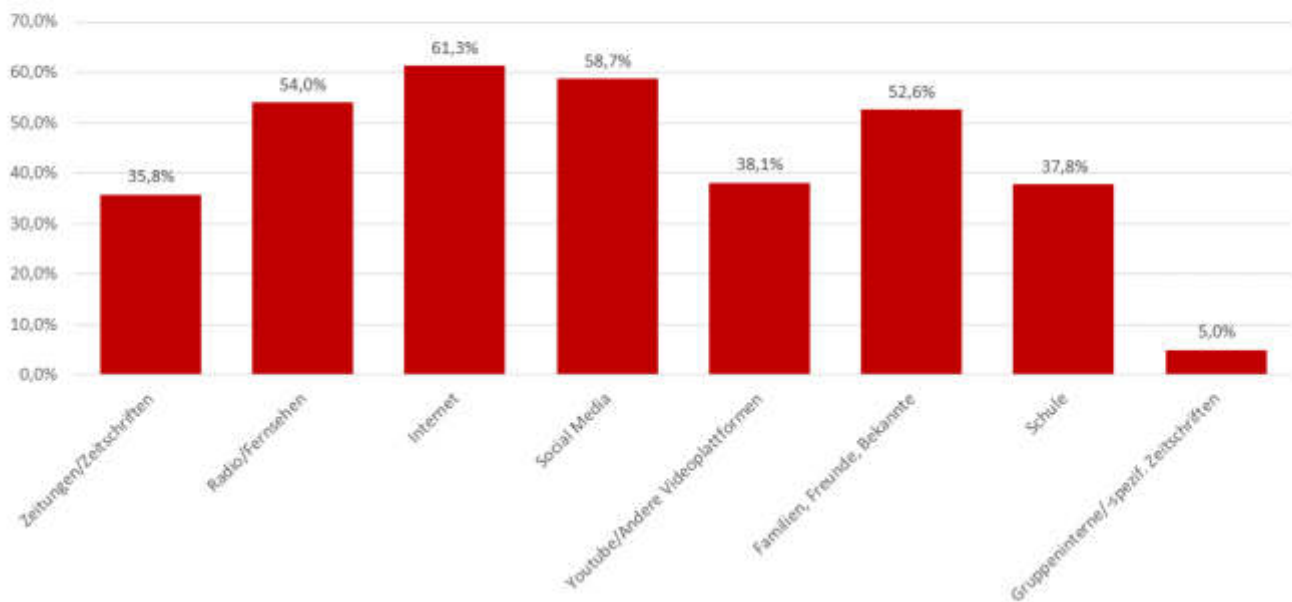
Beim Betrachten der Ergebnisse fällt immer wieder auf, dass die Antworten von sich als „divers“ einstufenden Personen im Vergleich zu denen, die sich Mädchen oder Jungen verstehen, oft stark abweichen. Diese abweichenden Ergebnisse werden bei der Bewertung hier aber außer Betracht gelassen, da es insgesamt nur 14 Personen in den Landkreisen Weiden, Neustadt und Tirschenreuth gab, die beim Geschlecht divers angegeben haben. Davon eine Person in Weiden, fünf im Landkreis Neustadt und der Rest im Landkreis Tirschenreuth.

Welche Grundrechte sehen Sie als gefährdet an? (prozentual)



Bei der Frage nach einer gefühlten oder realen Beschränkung der Versammlungsfreiheit liegt ein Rückgang der wahrgenommenen Einschränkung vor, von 37,4 % in 2021 auf 11,7 % in 2023. Ähnliche Entwicklungen sind bei der Behinderung der Meinungsfreiheit von 31,4 % auf 25,8 % und dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit von 26,5 % auf 19,0 % im selben Zeitraum zu beobachten.

Welche Quellen benutzt Du, um Dich über politische Themen zu informieren? (prozentual, n=983)



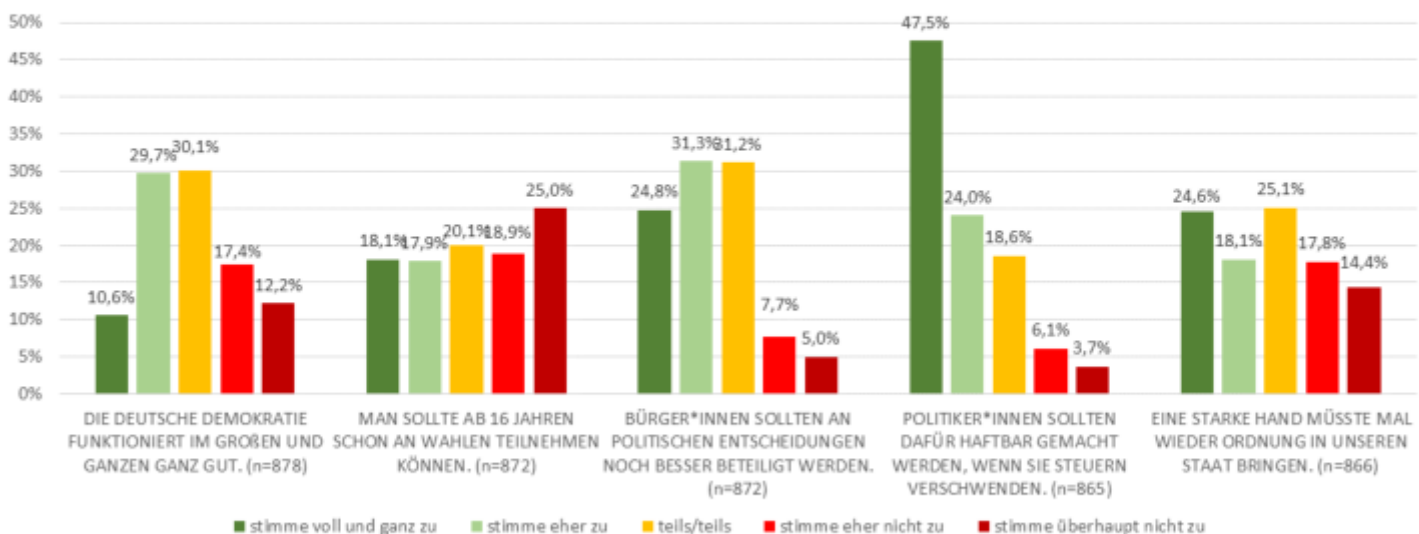
Acht mögliche Quellen der Informationsbeschaffung wurden erfasst, wobei Mehrfachnennungen zulässig waren. Hier macht sich ein Rückgang der Zeitungen als Informationsquelle bemerkbar. Diese wurde 2021 von noch fast der Hälfte, nämlich 48,4 % der jungen Menschen gelesen, in 2023 nur noch von 35,8 %, was gerade etwas mehr als ein Drittel ist. Ähnliche Entwicklungen sieht man auch bei der Nutzung von Radio/Fernsehen als Informationskanal. Radio oder Fernsehen nahm seit 2021 um 10 % von 64,2% auf 54 % ab.

Wenn die Antwortenden auf die Frage 11 als Quelle für Informationen 68 % das Internet angeben, ist hier ein großer Bedarf in Schulen und der außerschulischen Jugendbildung durch freie Träger vorhanden, über dessen Nutzung aufzuklären. Hierfür kämen verstärkte Fortbildungen für Lehrkräfte infrage, aber auch die Möglichkeit Angebote des Jugendmedienzentrums T1 in Tannenlohe zu nutzen. (Siehe Abschnitt Netzwerke auf S.41).

Ergebnisse von wissenschaftlichen Studien wie bei der gemeinsamen Demokratiekonferenz am 27. April 2023 über die Mediennutzung durch Jugendliche aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bestätigen die Aussagen der nordoberpfälzer Befragung. Siehe Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) mit KIM-Studie 2022 und JIM-Studie 2023 sowie weiterführender Literatur über den Link <https://www.mpfs.de/startseite/>

Auffällig oft wurden Freunde und Familie als Quelle für die Meinungsbildung angegeben. Dies könnte eine Erklärung für die Prägung von Wahlverhalten bei „Jugendwahl“ darstellen. Dass gerade in Familien mit einem traditionellen Rollenverständnis oder Migrationserfahrung ein auffällig hoher Anteil an AFD-Zustimmung gerade in einigen Schulen mit hohem Migrantenanteil beobachtet werden konnte.

Statements zum politischen System in Deutschland (prozentual)



Bei den antwortenden jungen Menschen ist ein Anstieg der Zweifel am Funktionieren des politischen Systems zu erkennen. Weniger als 41 % sind im Jahr 2023 der Meinung, dass unsere Demokratie „eher“ oder „voll und ganz“ funktioniere, wohingegen 29,6 % mit „eher nicht“ bzw. „gar nicht“ stimmen. Im Jahr 2021 waren es lediglich 20,9 % der Befragten, die dieser Aussage nicht zustimmten. Die Ursachenforschung für den Anstieg von 20,9 % auf 29,6 % über drei Jahre bleibt eine Herausforderung für alle demokratisch gesinnten Pädagoginnen und Pädagogen in ihrem jeweiligen Arbeitsumfeld.

Eine große Ablehnung gerade bei Jüngeren ist auffällig bei dem Statement: „Man sollte ab 16 schon an Wahlen teilnehmen können“. Erstaunlich ist, dass mehr als ein Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Meinung nicht vertritt, dass man sich früher an demokratischen Wahlprozessen beteiligen sollte. Dies ist umso bemerkenswerter als 65 % der Befragten angaben, im Alter von 14-17 Jahren zu sein und die Kampagne „vote 16“ der Mitgliedsverbände im Bayerischen Jugendring (BJR) im Vorfeld der Landtagswahl auf eine künftige Herabsetzung des Wahlalters abzielte.

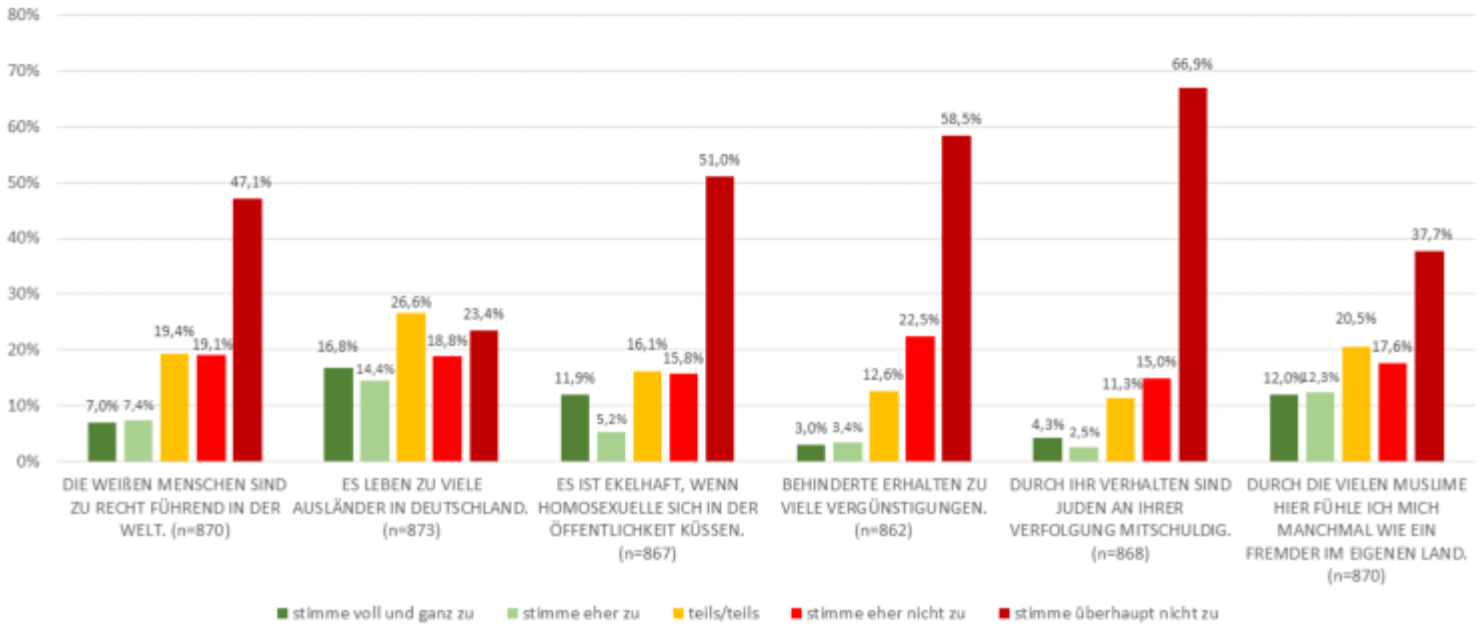
Auffällig ist die konstant hohe Zustimmung zu der Antwort, dass Politiker*innen haftbar gemacht werden sollten, wenn sie Steuern verschwenden. Kumuliert lag dieser Wert stets über Zweidrittel.

Auf das Statement „Eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“ antworten 42,7 % im Jahr 2023 „stimme eher/voll und ganz zu“. Im Vergleich dazu teilten 2021 nur 31,4 % dieselbe Meinung. In der Gruppe der in der Stadt Weiden erfassten

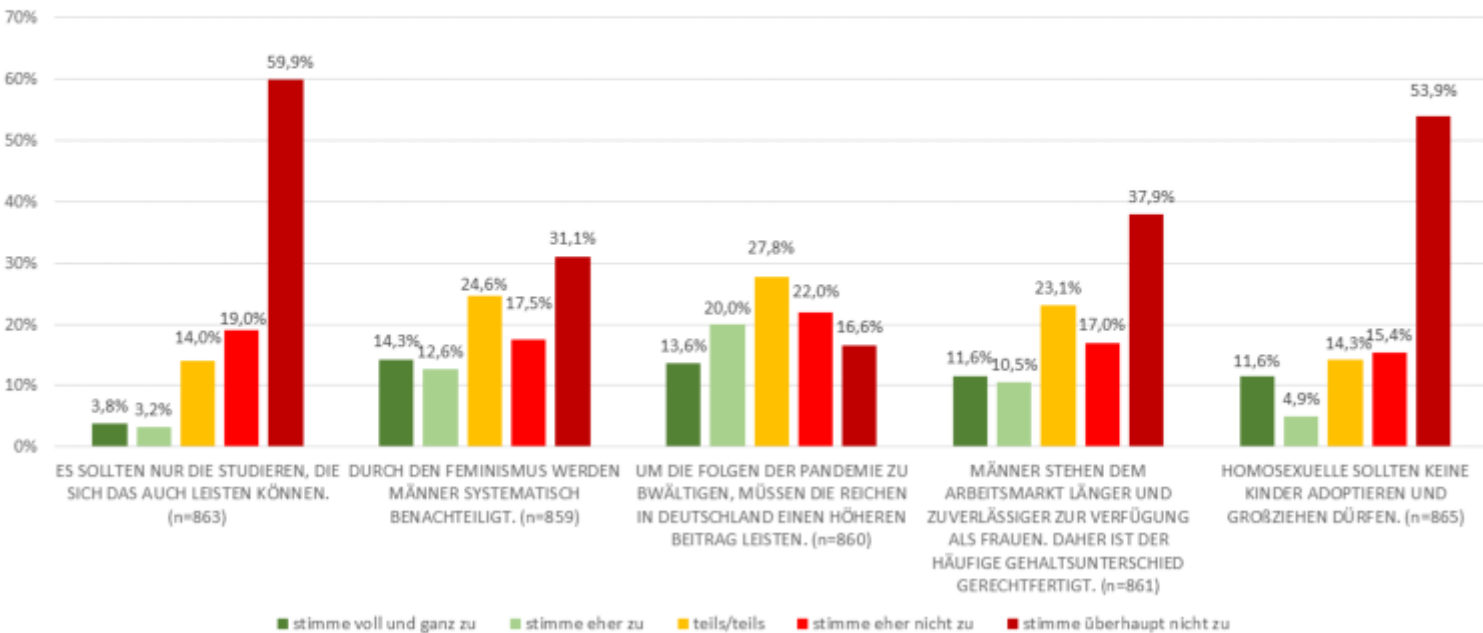
Teilnehmenden an der Umfrage spalten sich die Meinungen zwischen Frauen und Männern. 50 % der Mädchen und Frauen, aber nur 36 % der Männer und Jungs antworteten mit „eher nicht/überhaupt nicht“ auf die Aussage, es bedürfe einer starken Hand in der Politik. Auffällig sind die 35 % ohne Angaben. Wodurch man sich die Frage stellt, ob die Teilnehmenden sich nicht zu einer Äußerung trauen. In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird dies in Zusammenhang mit Antworttendenzen in standardisierten Umfragen mit der Problematik von „sozialer Erwünschtheit“ oder der „Tendenz zur Mitte“ diskutiert. Diese Verzerrung von Ergebnissen ist auch in der Marktforschung bekannt und kann nur eingeschränkt durch eine andere Fragestellung vermieden werden.



Statements zum Menschenbild und zur Demokratie in Deutschland (prozentual)



Statements zu Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit in Deutschland (prozentual)

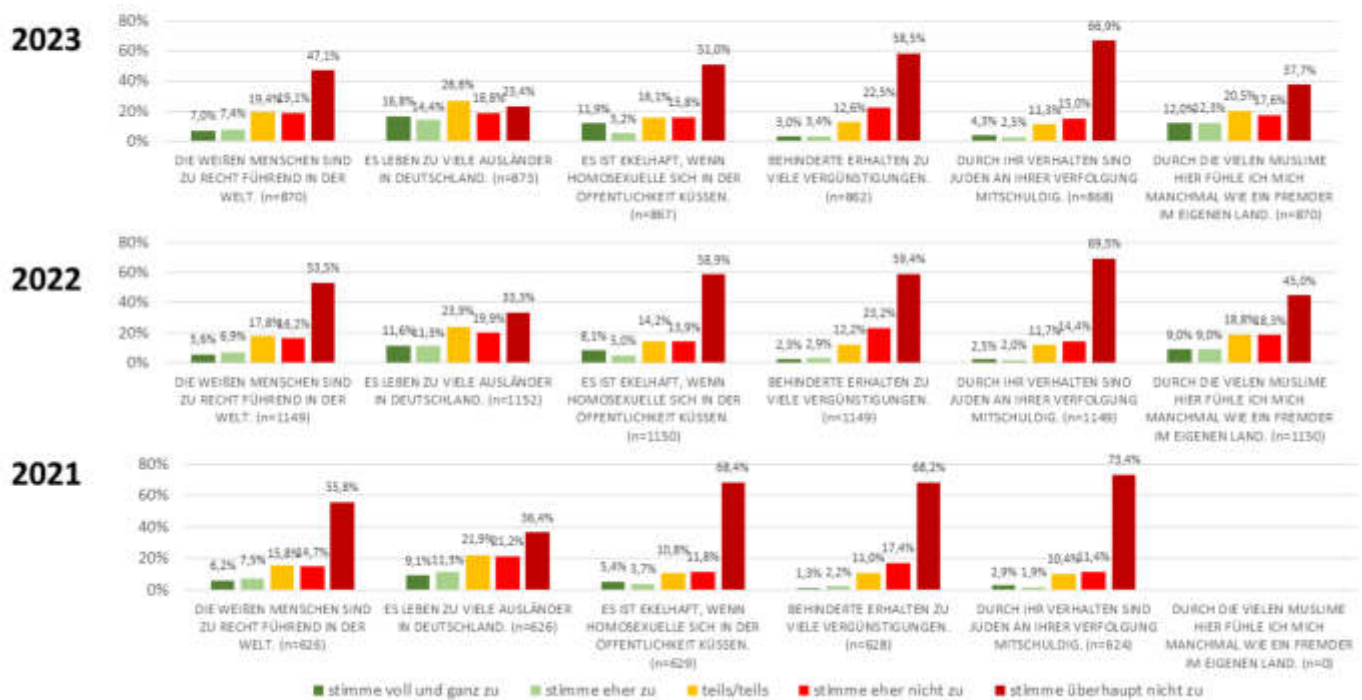


Die Antworten auf die vermeintliche Bevorzugung von Behinderten oder dem vermuteten zu großen Einfluss von Juden sind unauffällig. Auch bei der bewusst provokante Frage, dass Führung der weißen Rasse berechtigt sei, ist die Ablehnung erkennbar deutlich groß.

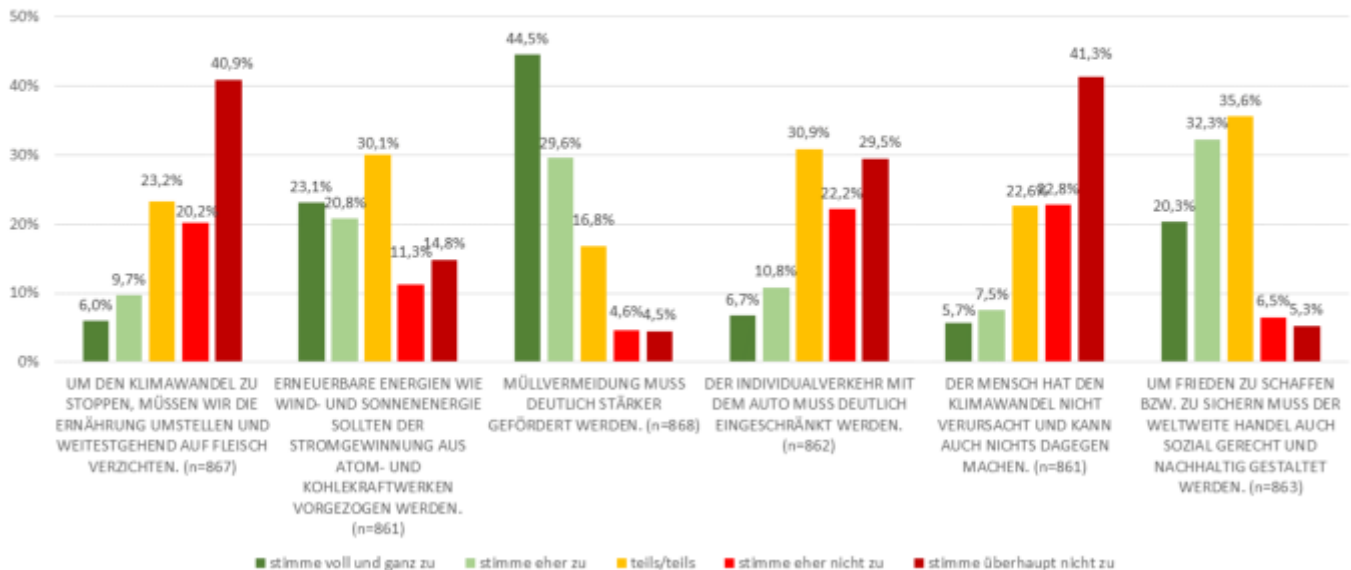
Auffällig ist hingegen die Zunahme über drei Jahre von 20,4 % auf 31,2 %, dass zu viele Ausländer im Land lebten. Hinzu kommen noch die 26,6 % im Jahr 2023, die meinen, dass es „teilweise zu viele“ seien. Das war der Stand vom Mai 2023, demnach deutlich vor den Landtagswahlen und Jugendwahlen im Herbst.

Hinsichtlich der Frage nach der Ekelhaftigkeit von Küssen von Homosexuellen in Öffentlichkeit sind Frauen toleranter als Männer. Während Frauen zu rund 75 % damit kein Problem haben, sind es bei den Männern nur etwas mehr als die Hälfte.

Statements zum Menschenbild und zur Demokratie in Deutschland (prozentual)



Statements zu Klima und Umweltschutz in Deutschland (prozentual)



Allgemein sind junge Menschen der Meinung, man sollte mehr aufs Klima und die Umwelt achten. Mülltrennung befinden fast ein Dreiviertel der jungen Menschen als wichtig.

Sobald es aber um die eigene Lebensführung geht, wie z. B. beim Verzicht auf Fleischkonsum oder der Nutzung eines Autos, findet sich deutlich weniger Zustimmung unter den Jugendlichen.

Beispielsweise ist die Befürwortung des Fleischverzichts in den drei Jahren rückläufig. Im Jahr 2021 fanden noch 23,7% es sei notwendig, auf Fleisch zu verzichten, um den Klimawandel zu stoppen. 2023 waren es nur noch 15,7%. Als Erklärungsansatz könnte angeführt werden, dass in der Vergangenheit Fleischkonsum auch ein Symbol von Wohlstand gewesen ist, da viele es sich nicht leisten konnten. Das prägte und prägt immer noch viele ältere Menschen.



Seit dem Wirtschaftswunder in den 50er Jahren wurde Fleisch immer mehr eine Normalität, weshalb sich die Frage auftut, warum junge Menschen tendenziell so gerne Fleisch verzehren?

Bei der erkennbaren Ablehnung des Verzichts auf Fleischverzehr und private Nutzung von Personenkraftwagen könnten auch ein falsch verstandener Freiheitsbegriff wie „Diese Freiheit nehme ich mir“ oder „Wir heizen, wie wir wollen“ oder andere Brandings in der kommerziellen Werbung und Politik eine Rolle spielen.

Auffällig ist mit 44 % der hohe Anteil derer, die nicht bereit sind auf Fleischkonsum zu verzichten, um den Klimawandel zu stoppen.

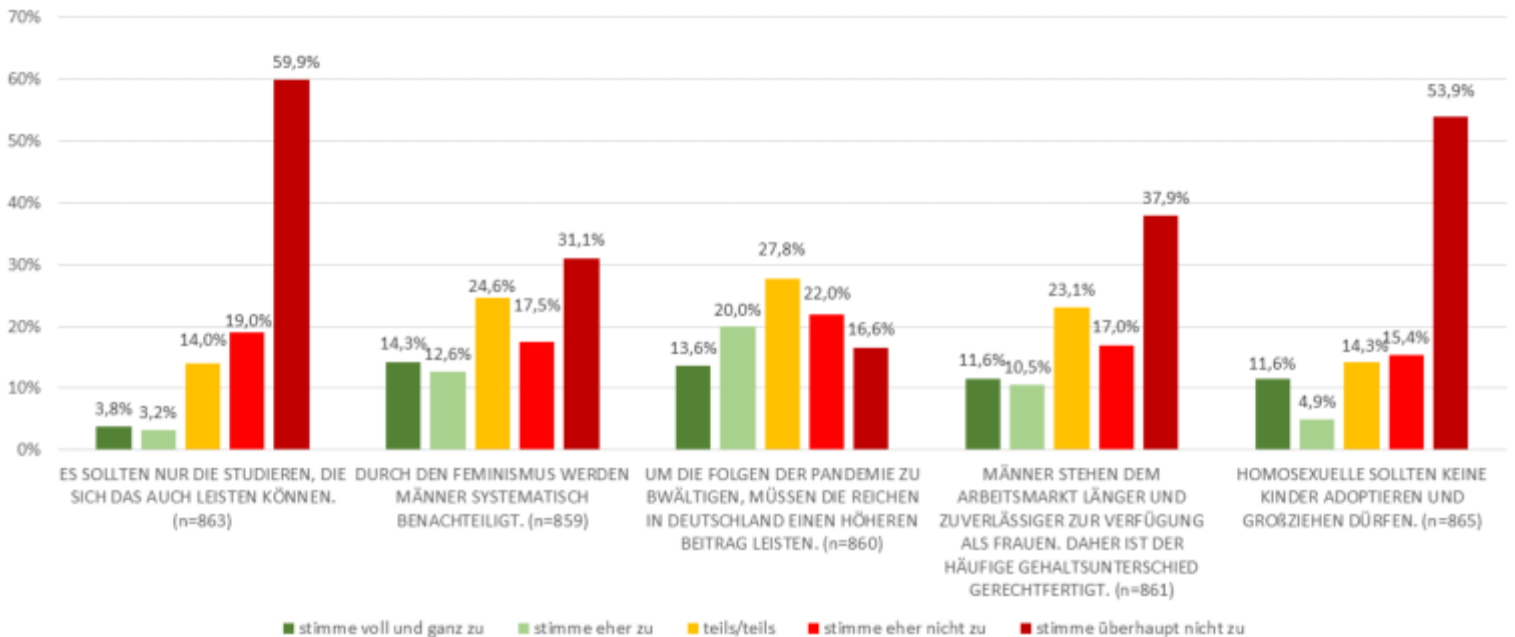
Diese Positionierung junger Menschen in der Streitfrage mit Meinungen von gibt es nicht, über von Menschen verursacht bis zu gesellschaftlich verursacht ist schwer zu erklären. Studien von OXFAM belegen, dass reiche Einzelpersonen und die wohlhabenderen Länder im Vergleich zu armen Menschen und oder Ländern einen signifikant höheren Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß haben. Als Veranschaulichung führte OXFAM bereits im November 2021 aus: Ein einziger Weltraumflug eines Milliardärs verursacht mehr Emissionen als ein Mensch aus der ärmsten Milliarde der Erdbevölkerung in seinem ganzen Leben. Pro Passagier eines 11-minütigen Raumfluges werden mindestens 75 Tonnen Treibhausgase freigesetzt. Ein Bewohner der ärmsten Länder produziert weniger als eine Tonne Kohlenstoffdioxid pro Lebensjahr (Quelle: Oxfam-Studie Carbon Inequality in 2030: Per capita consumption emissions and the 1,5 C goal , über CO₂-Fußabdruck in Oxfam Pressemitteilung 2021-11-05)

Ähnlich argumentiert OXFAM im November 2022. Die Emissionen von Treibhausgasen durch die Milliardäre der Erde durch Nutzung von Privatjets, Superjachten und Luxusvillen ergeben das Tausendfache der weltweiten Pro-Kopf-Emissionen. Daraus leitet die Nichtregierungsorganisation eine Forderung nach Vermögenssteuer, Übergewinnsteuer und die Bindung der Ausschüttungen an Aktionäre und Vorstandsgehälter der großen Konzerne an Gemeinwohlpflichten ab.

Nene Opoku sieht einen essentiellen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der auf dem Kolonialismus der Europäer und Nordamerikaner beruhenden Industrialisierung.

<https://denkhausbremen.de/nene-opoku-der-ursprung-der-klimakrise-liegt-im-kolonialismus/>

Statements zu Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit in Deutschland (prozentual)



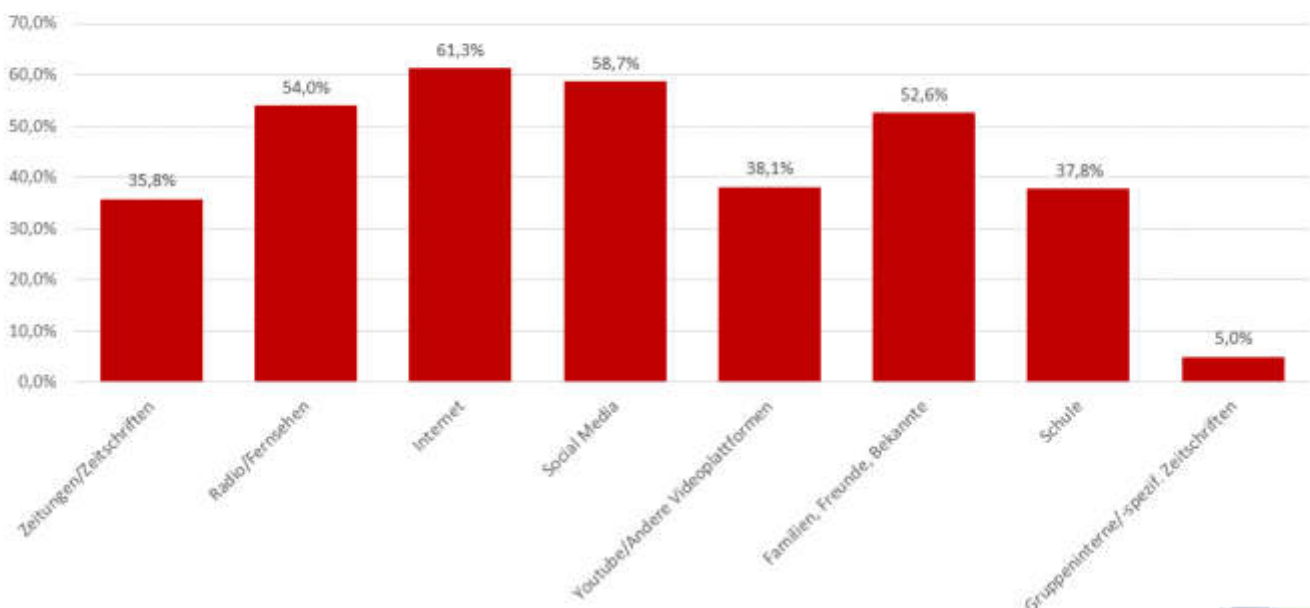
Bei der Frage, ob ein Studium nur für die möglich sein sollte, die sich das auch leisten können, erkennt man ein klares Votum bei dem 78,9 % in 2023 „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ mit dem Statement einverstanden sind.

Andererseits, ist gleichzeitig ein Rückfall in alte Rollenmuster zu erkennen. In 2021 waren noch 63,2 % der jungen Menschen der Meinung, der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen sei nicht gerechtfertigt. In 2023 teilen nur noch 54,9 % dieselbe Meinung.

In allen drei Landkreisen stimmen weniger Frauen als Männer dagegen, dass Homosexuelle Kinder adoptieren dürfen sollten. Männer stimmen mit 21,5 % einer Ablehnung „eher“ bzw. „voll und ganz“ zu. Bei den Frauen sind es nur 12,9 %.

Partizipationsmöglichkeiten (Fragen 16-21)

Welche Quellen benutzt Du, um Dich über politische Themen zu informieren? (prozentual, n=983)



Eine Partizipationsmöglichkeit, die von großer Bedeutung für Lernende ist, ist die Klassensprecherwahl. Dabei können Schülerinnen und Schüler sich sowohl passiv als auch aktiv beteiligen. Mehr als zwei Drittel der Jugendlichen haben schon einmal aktiv eine/n Klassensprecher*in gewählt und fast die Hälfte hat sich schon mal zur Wahl aufstellen lassen. Weil diese Wahlen in

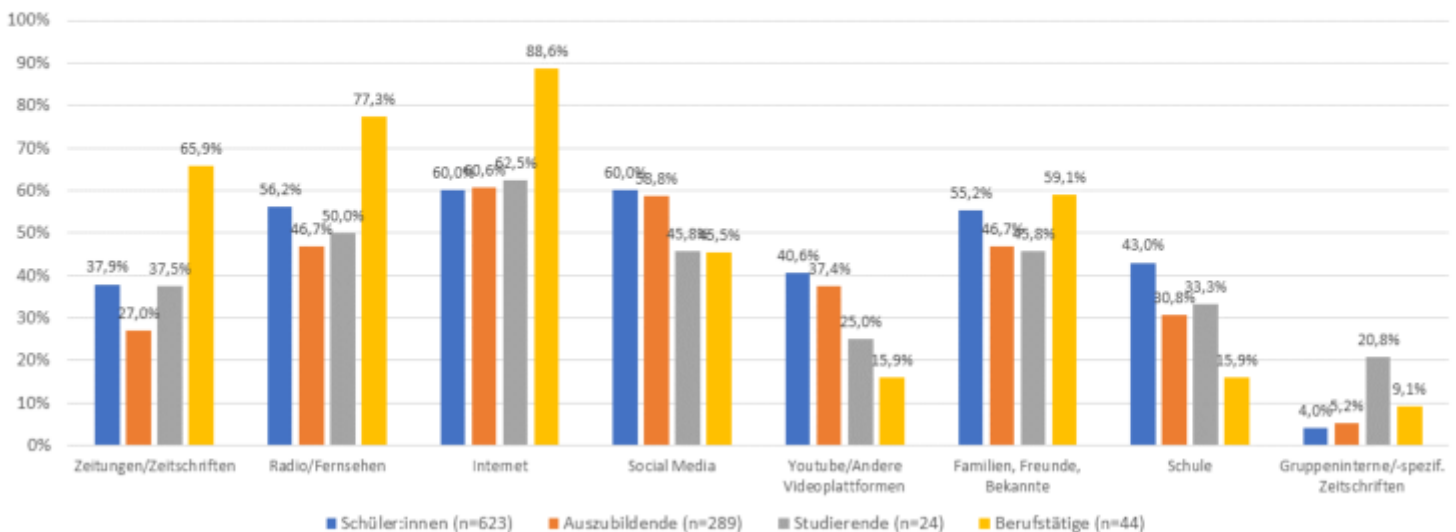
der Schule ein wichtiges praktisches Lernfeld für Demokratiebildung für junge Menschen ermöglichen, liegt eine große Verantwortung bei Lehrkräften die Klassensprecherwahl nicht nur als notwendiges Übel zu betrachten oder als Ritual durchzupeitschen, sondern diese als Anlass für die Erklärung von Demokratie aufzugreifen. Dies ist umso notwendiger, weil die aktive Mitarbeit in Vereinen als Partizipationsmöglichkeit im Zeitraum von 2021 bis 2023 eine Abnahme von 53,4 % auf 46,4% erfuhr.



Diese Entwicklung wirft die Frage auf, ob das eine Spätfolge von Corona ist oder ob es sich um einen säkularen Trend handelt. Der letzte Deutsche Freiwilligensurvey stammt aus dem Jahr 2019. Danach waren 39,7 % aller in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren in irgendeiner Form ehrenamtlich oder freiwillig engagiert. Die repräsentative Umfrage wird alle fünf Jahr durchgeführt und somit sind erst im Jahr 2024 aktuellere Ergebnisse mit den Auswirkungen der CORONA-Pandemie zu erwarten.

Seit dem Schuljahr 2007/2008 existiert eine weitere Partizipationsmöglichkeit für Schüler*innen: Der Landesschülerrat in Bayern. Die seit 1983 bestehende Schüler*innenvereinigung war lediglich ein Verein und keine von der Staatsregierung anerkannten Schülervertretung in Bayern. Die Grundlage für die landesweite Vereinigung bildet Art. 62a BayEUG, in welchem auch festgelegt wird, wie sich der Landesschülerrat in Bayern zusammensetzt. Es gibt sechs Landesschülersprecher*innen und genauso viele Stellvertreter*innen. Die Vertreter*innen sind verteilt auf die verschiedenen Schularten, zwei von Mittelschulen, zwei von Förderschulen, zwei von Realschulen, zwei von Gymnasien, zwei von Fachoberschule und Berufsoberschule und zwei von beruflichen Schulen. Deren grundlegenden Aufgaben setzen sich zusammen aus den Rechten und Aufgaben, die die 1,7 Millionen Lernenden betreffen wie zum Beispiel Informations- und Anhörungsrecht sowie Vorschlagsrecht. Links Homepage: <https://www.landesschülerrat.bayern/> Facebook: https://www.facebook.com/lrsbayern/?locale=de_DE Instagram <https://www.instagram.com/lrsbayern/?hl=de>

Welche Quellen benutzt Du, um dich über politische Themen zu informieren (prozentual, nach Beschäftigung)

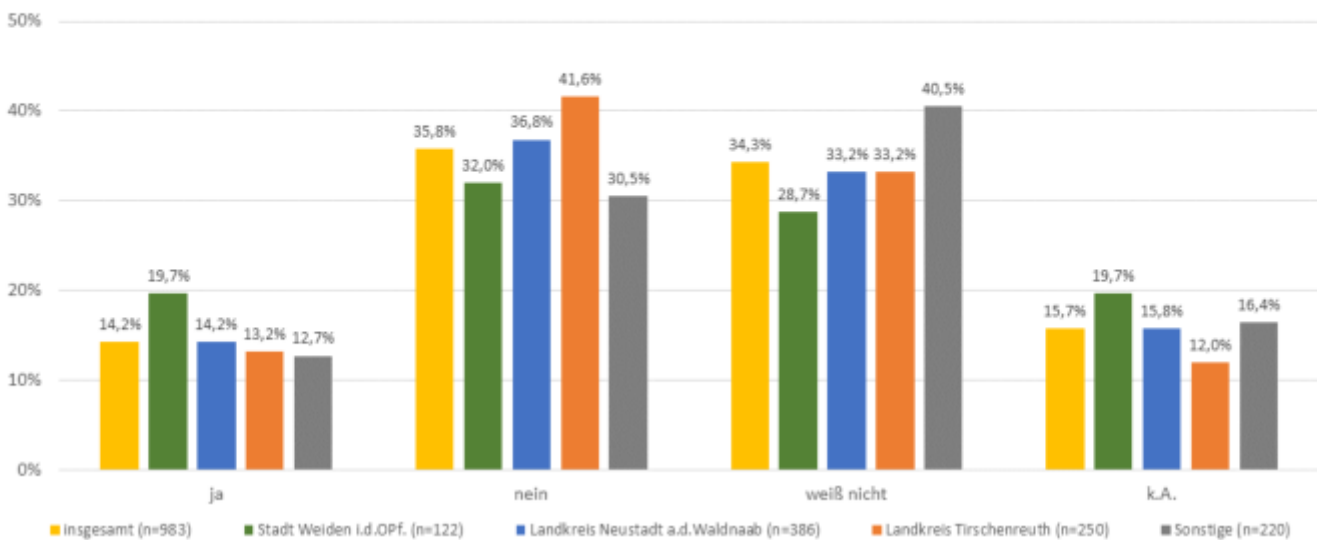


Auf die Frage, ob es in den Schulen außerhalb des Fachs Sozialkunde politische Bildungsangebote gäbe, antworteten 50% der Befragten, sie wüssten es nicht. Nur 14,2% antworteten mit „Ja“.

Bei der Frage: „Nimmst Du an Bildungsangeboten außerhalb der Schule teil?“ stimmten 62,8% mit „Nein“. Nur 23,4%, demnach weniger als ein Viertel, gaben, an sie nehmen an politischen Bildungsangeboten in der Freizeit teil.

Hier liegt die Verantwortung bei Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung, nicht nur bei der klassischen Trägerlandschaft, sondern auch bei den Jugendverbänden, die häufig in den Satzungen einen Passus über Demokratie- und Werteerziehung enthalten haben, ohne, dass es den Mitgliedern bewusst ist. Auch Vereine sind gefordert sich dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe angesichts der Erosion von Demokratie zu stellen. Nicht zuletzt die Ergebnisse der Landtagswahlen und die sinkende Wahlbeteiligung fordern alle Wahlberechtigten auf, im Vorfeld der Europawahl diese verstärkt für Aufklärungsarbeit zu nutzen.

Gibt es andere politische Bildungsangebote an Deiner Schule außer dem Fach Sozialkunde? (prozentual nach Wohnort)

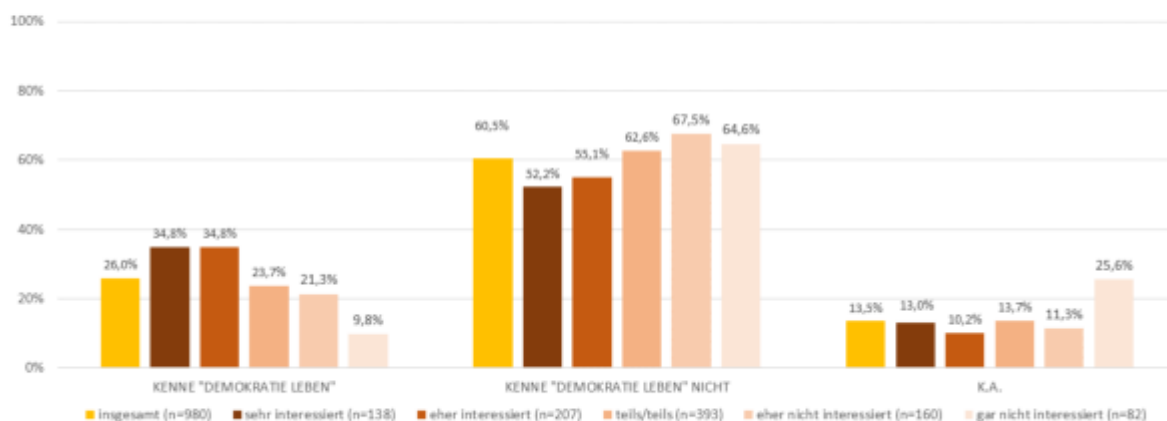


Kennst du das Bundesprogramm „Demokratie leben!“? (Fragen 17, 18)

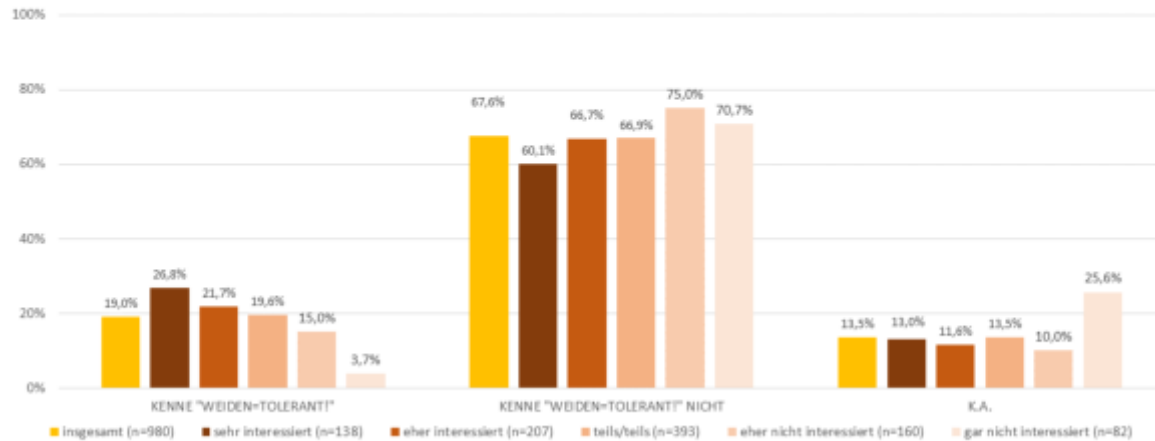
Bei der Kontrollfrage, wie sehr das Programm „Demokratie leben!“ bekannt ist, zeigte sich auch nach vielen Jahren kein zufriedenstellendes Ergebnis. Frauen tendieren dazu, besser informiert zu sein als Männer. 42 % der Mädchen und Frauen stimmten mit „Ja“ und nur zu 34,2 % mit „Nein“ auf die Frage, ob sie das Programm „Demokratie leben!“ kennen, wohingegen aber die männlichen Befragten nur zu 27,1 % „Ja“, aber zu fast 55 % „Nein“ angaben. Es scheint aber auch bei Erwachsenen die zu beobachtende Tatsache zu geben, dass manche nicht wissen, wer die von ihnen besuchte Veranstaltung finanziert hat. Auch sind Schulen eine Art „Durchlauferhitzer“. Diejenigen, welche es vielleicht bewusst registriert haben, dass sie bei „Demokratie leben!“ zu Gast waren, verlassen die Lehreinrichtungen und die nachfolgenden Jahrgänge müssen immer wieder neu informiert und über die Möglichkeiten des Programms aufgeklärt werden.

Dasselbe gilt für den Landkreis Weiden und die Plattformen von „Weiden=tolerant“ auf Facebook, Instagram oder der Homepage selbst. In Tirschenreuth kennen nur noch 27,2% der Frauen und 17,5% der Männer das „Netzwerk Inklusion Tirschenreuth“. Von der Partnerschaft in Neustadt unter dem Motto „Neustadt lebt Demokratie!“ wissen genauso wenig Frauen wie Männer aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab, nämlich nur zu 19,4%.

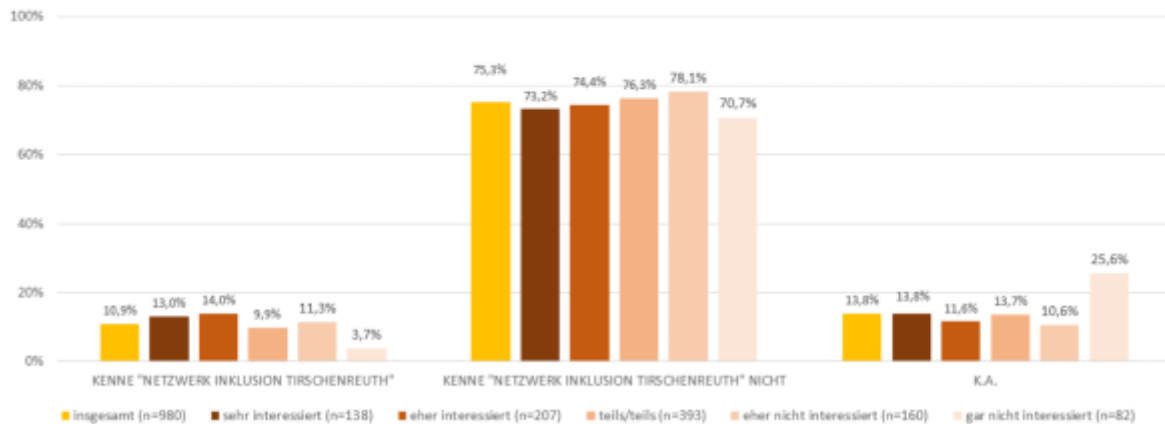
Kennen Sie das Programm „Demokratie leben!“ (nach politischem Interesse, prozentual)



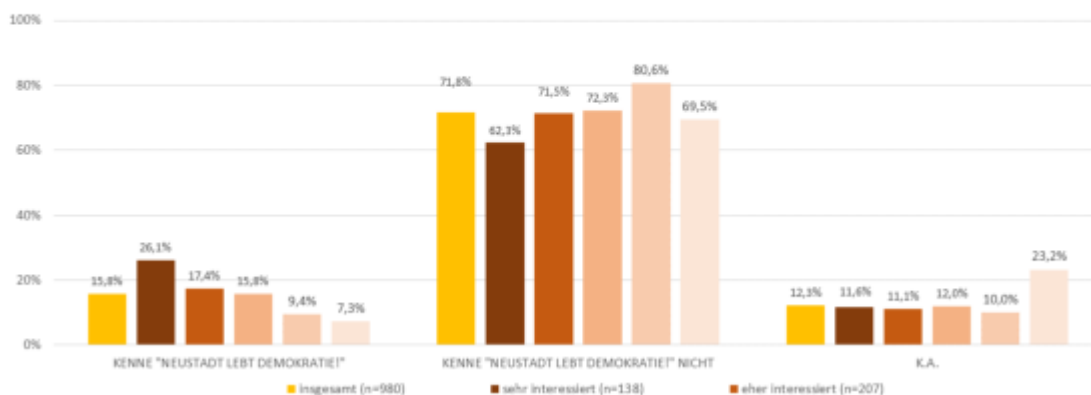
Kennen Sie das Programm „Weiden=tolerant!“ (nach politischem Interesse, prozentual)



Kennen Sie das Netzwerk „Inklusion Tirschenreuth“ (nach politischem Interesse, prozentual)



Kennen Sie das Programm „Neustadt lebt Demokratie!“ (nach politischem Interesse, prozentual)



Die Ziele des Bundesprogramms sind...:

Demokratie fördern.

„Demokratie leben!“ stärkt das Bewusstsein für demokratische Rechte und fördert die demokratische Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den geförderten Projekten geht es um grundlegende Prinzipien wie Gleichwertigkeit, Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und gesellschaftliche Teilhabe an politischen Prozessen. Insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden dabei unterstützt, ihre Teilhabe und Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen.

Vielfalt gestalten.

„Demokratie leben!“ erarbeitet Lösungen, um allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben zu ermöglichen. Deshalb unterstützen die geförderten Projekte die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt. Ziel ist es, dass unsere Gesellschaft Vielfalt als Chance begreift die damit verbundenen Widersprüche und Konflikte konstruktiv bearbeitet.

Extremismus vorbeugen.

„Demokratie leben!“ will die Entstehung demokratie- und menschenfeindlicher Haltungen sowie extremistischer Einstellungen verhindern und Radikalisierungsprozesse frühzeitig unterbrechen. Das schließt neben Rechtsextremismus auch islamistischen Extremismus, linken Extremismus und Hass im Netz mit ein.

„In der Region ist alles vertreten, was im Rechtsextremismus gerade allgemein Konjunktur hat“

Interview mit Jan Nowak von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus zur extremen Rechten in der nördlichen Oberpfalz

Was ist gegenwärtig der wichtigste Akteur des Rechtsextremismus in der nördlichen Oberpfalz?

Gesamtgesellschaftlich betrachtet ist sicherlich die AfD am relevantesten, wie überall im Land. Bei den Landtagswahlen 2023 holte die Partei im Stimmkreis Weiden 19,9 % der Gesamtstimmen, in Tirschenreuth 18,3 %. Sie war damit jeweils zweistärkste Kraft und lag deutlich über dem Landesdurchschnitt. Die regionalen Landtagsabgeordneten Roland Magerl und Stefan Löw waren in der



Roland Magerl ist in der Vergangenheit mit Kleidung der Neonazimärke „Ansgar Aryan“ aufgetreten → Neutraubling, Juli 2017

vergangenen Legislaturperiode innerhalb der AfD-Landtagsfraktion klar dem völkisch-rassistischen „Flügel“-Lager rund um Katrin Ebner-Steiner zuzuordnen. Das hat sich nicht nur im Abstimmungsverhalten gezeigt, sondern auch in vielsagenden Verhaltensweisen: Etwa der Tatsache, dass Magerl und Löw mit einem Großteil der Fraktion demonstrativ den Saal verließen, als anlässlich einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus die Holocaustüberlebende Charlotte Knobloch sprach. Oder, dass beide mit einer kleinen Gruppe von Fraktionskollegen den AfD-Rechtsaußen Björn Höcke im Landtag empfangen. Insbesondere bei Magerl gab es in der Vergangenheit darüber hinaus verschiedene Berührungspunkte zum subkulturellen Rechtsextremismus, am bekanntesten ist sicherlich sein Auftritt in einem T-Shirt des neonazistischen Kleidungslabels „Ansgar Aryan“.

Aber die beiden Abgeordneten aus der nördlichen Oberpfalz werden immer wieder als Gemäßigte innerhalb der AfD beschrieben?

Angesichts der Faktenlage ist das nicht haltbar, trotzdem passiert das leider regelmäßig. Zuletzt, als es im Vorfeld der Aufstellung der Oberpfälzer Liste für die Landtagswahl 2023 zu einem Konflikt zwischen dem starken Kreisverband Weiden um Magerl und Löw auf der einen Seite und dem Kreisverband Schwandorf-Cham um Reinhard Mixl und Wolfgang Pöschl auf der anderen Seite kam. Dabei ging es meines Erachtens jedoch weniger um Inhalte, sondern um Fragen von Strategie und Stil: Während Magerl und Löw eher auf eine Ausrichtung der AfD als seriöse Wahlpartei setzen, stehen Mixl und Pöschl stärker für eine AfD als Bewegungspartei auf der Straße. Außerdem dürfte im Konflikt um die Listenaufstellung eine Rolle gespielt haben, dass Magerl und Löw ihre Pfründe als Abgeordnete gegen die Mitbewerber aus der mittleren Oberpfalz verteidigen wollten. Ob Kontakte mit Rechtsextremen jenseits der eigenen Partei oder eigene entsprechende ideologische Positionierungen: Ich sehe nicht, wo zwischen die AfD in der nördlichen bzw. mittleren Oberpfalz ein Blatt passen würde.

Für weitere Infos zu den beiden AfD-Abgeordneten aus der nördlichen Oberpfalz empfehlen wir die entsprechenden Portraits in der Publikation „Die extreme Rechte in Ostbayern. Ideologien, Strukturen, Aktivitäten.“, die von „Neustadt lebt Demokratie“ mit herausgegeben wurde. (siehe QR-Code)



Wie steht es um den politischen Alltag der AfD in der Region?

Jenseits des Wahlkampfes ist die AfD vor allem in Weiden sichtbar. In ihrem Bürgerbüro gibt es einen gutbesuchten, wöchentlichen Stammtisch. Dieser ist ein wichtiger Ort der Planung, des Austausches und der Vergemeinschaftung. Für die regelmäßig stattfindenden, größeren Saalveranstaltungen steht der AfD ihr Stammlokal „Zum Alten Schuster“ zur Verfügung. Dort treten nicht nur Redner der eigenen Partei auf, im Sommer 2023 konnte beispielsweise auch Jürgen Elsässer, der Herausgeber des rechtsextremen „Compact“-Magazins begrüßt werden. Teile der regionalen AfD sind auch regelmäßig mit auf der Straße, wenn Protestbewegungen eine inhaltliche Anschlussfähigkeit nach rechts aufweisen bzw. sich nicht klar abgrenzen. In den letzten Jahren waren dies vor allem ressentimentgeladene, teils offen antidemokratische „Wutbürger“-Proteste wie gegen die Corona-Schutzmaßnahmen oder die Ampel-Regierung.

Das Konzept scheint aufzugehen: Der AfD Kreisverband Weiden, der auch Neustadt und Tirschenreuth umfasst, ist mit über 220 Mitgliedern der bayernweit größte Kreisverband. Die AfD hat sich also nicht nur bei Wahlen etabliert, sondern auch darüber hinaus als politischer Akteur festgesetzt.

Was sind weitere relevante Strukturen des Rechtsextremismus in der nördlichen Oberpfalz, spielt Patrick Schröder noch eine Rolle?

Die eigentliche Bedeutung von Schröder entsteht durch seine überregionalen Aktivitäten: Als neonazistischer Influencer mit zeitweise mehr als 11.000 Abos bei YouTube, langjähriger Kopf hinter dem beliebten neonazistischen Kleidungslabel „Ansgar Aryan“ und Mitorganisator von großen Rechtsrockkonzerten mit mehreren tausend Teilnehmern. Dadurch verbreitet er neonazistische Ideologie und fördert die Identitätsstiftung sowie ein Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Szene.

Vor Ort in der mittleren- und nördlichen Oberpfalz agiert er als eine Art extrem rechter Bewegungsmanager, ohne dabei selbst immer in der ersten Reihe zu stehen. Er trägt dazu bei, dass verschiedene Strömungen der extremen Rechten zusammenarbeiten und auf niedrigem Niveau dabei durchaus bisweilen erfolgreich sind.

Von welchen Strömungen sprechen wir hier?

Eigentlich handelt es sich um eine extrem rechte Mischszene, die überwiegend aus jungen, männlichen Anhängern der Neonaziszene, der „Identitären Bewegung“ (IB) und der „Jungen Alternative“ als Jugendorganisation der AfD besteht. Es handelt sich zwar um einen überschaubaren Personenkreis von maximal zwei Dutzend Personen, diese sind aber sehr umtriebige. Die meisten davon kommen aus Weiden, dem Landkreis Neustadt und Amberg.



Hinter einem Transparent der „Identitären Bewegung“ (IB) versammelt sich eine extrem rechte Mischszene aus IB, Neonaziszene und AfD bzw. deren Jugendorganisation → Schwandorf, September 2022

Auffällig ist, dass bei der Zusammenarbeit Organisationsgrenzen kaum eine Rolle spielen – man versteht sich offensichtlich als Teil einer gemeinsamen Bewegung. Teils verkörpern die Protagonisten auch mehrere Organisationen bzw. Strömungen in Personalunion. Punktuell kooperiert diese Mischszene auch mit Anhängern der Erbendorfer Neonaziszene, die im Kern etwa ein Dutzend Personen umfasst und stark in der Rechtsrockszene verwurzelt ist. In der Region ist also alles vertreten, was im Rechtsextremismus gerade allgemein Konjunktur hat. Ideologisch ist die Kooperation durchaus naheliegend, praktisch gelingt sie jedoch vielerorts nicht so gut wie hier – das ist kein Zufall, sondern dürfte auch mit der Person Schröder zusammenhängen.

Wodurch fällt diese junge, rechtsextreme Mischszene auf?

Sichtbar wird diese Mischszene und damit die enge Kooperation der verschiedenen Spektren der extremen Rechten vor allem bei Straßenprotesten. Zwei Beispiele:

Im Dezember 2021 organisierte der AfD-Stadtrat Reinhard Mixl große Corona-Proteste in Schwandorf, in der Spitze beteiligten sich an den stationären Kundgebungen am Marktplatz bis zu 1.400 Personen. Im unmittelbaren Anschluss an eine dieser Kundgebungen meldete Alexander Bock einen bewegten Umzug an, dem sich etwa 700 Teilnehmer der vorherigen Kundgebung anschlossen. Der Anmelder Bock wurde auf der Homepage der bayerischen AfD noch bis mindestens April 2021 als Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Weiden geführt. Mittlerweile trat er wiederholt als Kameramann des neonazistischen Influencers Patrick Schröder auf und besuchte gemeinsam mit diesem im Jahr 2023 den Bundesparteitag der NPD sowie ein neonazistisches Kampfsportturnier in Ungarn. Schröder selbst agierte als eine Art Netzwerker, er hat die Intervention in die Corona-Proteste gewissermaßen strategisch vorbereitet und in seinem Videopodcast propagiert. Direkt hinter dem Frontransparent mit der Aufschrift „Nur Widerstand ist Pflicht“ versammelten sich Anhänger der Neonaziszene und der IB aus Weiden, dem Landkreis Neustadt und Amberg sowie Protagonisten der Erbendorfer Neonaziszene. Diese Mischszene gab nicht nur die Parolen vor und prägte den Aufzug maßgeblich, sondern stellte auch Ordner für die Versammlung. Durch diese Intervention in die Corona-Proteste gelang es ihnen, ungleich mehr Personen zu erreichen, als das mittels eigener Veranstaltungen möglich gewesen wäre. Die Zusammenarbeit führte also zu einem Achtungserfolg. Berührungspunkte der lokalen AfD gab es übrigens nicht, Reinhard Mixl als Organisator der vorherigen stationären Kundgebung lief zumindest zeitweise in unmittelbarer Nähe des Frontransparentes mit.

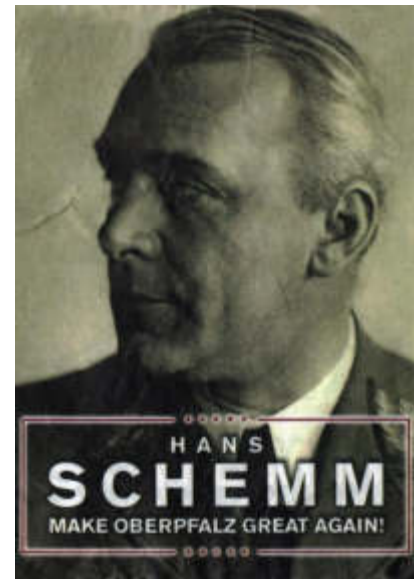
Ein zweites Beispiel für das arbeitsteilige Vorgehen der extrem rechten Mischszene ist eine weitere Demonstration in Schwandorf im September 2022. Organisator war wieder der AfD-Stadtrat Mixl, inhaltlich ging es diesmal um den Ukraine-Krieg und die Inflation. Hinter einem großen Transparent der IB mit der Aufschrift „Unser Volk zuerst. Autarkie. Souveränität. Remigration“ versammelten sich Neonazis und IB-Aktivisten aus Weiden, dem Landkreis Neustadt und Amberg. Hinzu kamen diesmal noch der Schwandorfer AfD-Stadtrat Thomas Deutscher und Personen aus dem burschenschaftlichen Milieu in Erlangen, die wenige Monate später in den Landesvorstand der „Jungen Alternative“ gewählt wurden. Der Neonazi Patrick Schröder trat sogar als Ordner bei der Versammlung auf. Ebenfalls Ordner war der Regensburger Dieter Arnold, der mittlerweile für die AfD im Landtag sitzt. Beide haben Schulter an Schulter agiert, was symptomatisch für das Verhältnis der extremen Rechten in der Oberpfalz steht: Vormalige Abgrenzungen – und sei es nur aus taktischen Erwägungen – sind im Zuge der Corona-Proteste weitgehend erodiert.



Der Neonazi Patrick Schröder und der heutige AfD-Landtagsabgeordnete Dieter Arnold treten gemeinsam als Ordner bei einer Demonstration auf → Schwandorf, September 2022

Und jenseits der Demonstrationen?

In den letzten zwei, drei Jahren sind vor allem in Weiden wieder zunehmend rechtsextreme Aktivitäten zu beobachten: Es gab eine Schwemme von rechtsextremen Stickern und kleineren Schmierereien, eine eingeschlagene Scheibe bei der Partei „Die Linke“, wiederholt großflächige Graffitis am JUZ, Störungen von antirassistischen Kundgebungen, Einschüchterungsversuche und Drohungen gegen alternative Jugendliche etc. Wenn sich diese Eskalation fortsetzt, muss auch mit mehr körperlicher rechter Gewalt gerechnet werden. Diese Gefahr nimmt durch die zunehmenden Kampfsportaktivitäten der extremen Rechten in der Region noch zu.



Neonazis verherrlichen den NSDAP-Gauleiter Hans Schemm → Weiden, Februar 2024

Wer ist verantwortlich für diese Aktivitäten?

Da insbesondere die expliziten Straftaten meist nachts durchgeführt wurden, ist eine klare Zuordnung der Täter nicht so leicht möglich. Angesichts einer zahlenmäßig überschaubaren subkulturell-rechtsextremen Szene vor Ort erscheint es jedoch naheliegend, dass die Verantwortlichen im Kreis derer zu suchen sind, die auch sonst öffentlich auftreten. Sprich: Allen voran die Mischszene aus Neonazis, Identitären und dem jugendlichen Umfeld der AfD.

Welche Rolle spielt Kampfsport in der extremen Rechten?

Die Bedeutung von Kampfsport hat innerhalb der extremen Rechten in den letzten Jahren massiv zugenommen. Zum einen spiegelt sich darin ein allgemeiner gesellschaftlicher Fitnesstrend wider. Zum anderen wird innerhalb der Szene verstärkt propagiert, man müsse angesichts einer drohenden „Überfremdung“ und für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner die eigene „Wehrhaftigkeit“ steigern. Es gibt auch immer mehr rechtsextreme Kampfsportevents, Teams und Kleidungslabels. Innerhalb der Szene ist also eine Popularisierung und Professionalisierung in Bezug auf das Thema Kampfsport zu beobachten. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die zu einer weiteren Brutalisierung führen kann. Es ist immer wieder zu beobachten, wie gerade junge Rechtsextreme das Gelernte auch auf der Straße umsetzen wollen.

Das gesteigerte Selbstbewusstsein führt dazu, dass aktiv die Auseinandersetzung gesucht wird und die Gefahr von rechten Gewalttaten steigt. Das in der Szene allgemein gesteigerte Interesse an Kampfsport ist auch in Weiden und der Oberpfalz zu beobachten: Immer mehr junge Rechtsextreme trainieren Kampfsport, teilweise nehmen sie auch an Wettkämpfen teil. Die Eskalation der letzten Jahre muss meines Erachtens auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Es war in der Debatte wiederholt die Rede davon, dass Rechtsextreme in Weiden insbesondere im Kampfsportstudio „Spartan“ in Weiden trainieren, stimmt das?

Vorab ist mir wichtig zu betonen: Bei „Spartan“ handelt es sich nicht um ein rechtsextremes Kampfsportstudio. Es liegen keine Hinweise darauf vor, dass die Inhaber oder Trainer einen rechtsextremen Hintergrund hätten. Die Tatsache, dass Trainer und Kunden vielfältige ethnische Hintergründe haben, bestätigt diesen Eindruck. Es scheint jedoch das Bewusstsein dafür zu fehlen, dass von organisierten Rechtsextremen mit Kampfsportkenntnissen eine erhebliche Gefahr ausgeht. Denn mindestens drei organisierte Rechtsextreme trainieren oder trainierten dort Kampfsport: Am bekanntesten ist sicherlich Lukas Suttner, der in der Vergangenheit Aktivist der rechtsextremen IB war. Mittlerweile ist er Geschäftsführer des neonazistischen Kleidungslabels „Ansgar Aryan“, auf dessen Kleidungsstücken der Nationalsozialismus und Rechtsterroristen wie der Attentäter von Christchurch verherrlicht werden. Eine weitere Person bei „Spartan“, die in der Vergangenheit ebenfalls Aktivist der Identitären war, ist sogar schon zu Kämpfen angetreten. Im Dezember 2019 musste er gemeinsam mit einem Kameraden ein Kampfsportstudio in Amberg verlassen, nachdem ihre Aktivitäten für die IB bekannt wurden. Auch ein sehr aktiver Neonazi, ein enger politischer Weggefährte von Patrick Schröder, trainierte zumindest zeitweise bei „Spartan“. Im Mai 2023 besuchte er gemeinsam mit Schröder das konspirativ organisierte, neonazistische Kampfsportturnier „European Fight Night“ in Ungarn. Darüber hinaus sind bei „Spartan“ auch regelmäßig Personen aus dem Bereich des subkulturellen Neonazismus anzutreffen, die beispielweise Kleidung des neonazistischen Labels „Ansgar Aryan“ tragen. Auch bei den Kampfsportevents der „Spartan“-Inhaber, etwa der „Tough Boxing League“ oder „Kämpfen gegen Kinderkrebs“, werden immer wieder Personen aus dem rechtsextremen Lager sichtbar.

Wenn die Verantwortlichen bei „Spartan“ selbst keine Rechtsextremen sind, wie könnten sie mit dieser Situation umgehen?

Seriöse Kampfsportstudios haben hier eine große Verantwortung. Wenn ihnen bekannt wird, dass Rechtsextreme bei ihnen trainieren, sollten sie das Vertragsverhältnis beenden. Denn es besteht immer die Gefahr, dass diese das Gelernte in der politischen Auseinandersetzung anwenden – sprich, dass sie politische Gegner und allgemein Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, angreifen und verletzen. Die Studios sollten aber auch ein Eigeninteresse haben: Schließlich kann es abschreckend oder einschüchternd auf andere Kunden oder Interessierte wirken, wenn dort Rechtsextreme trainieren.

Weitere Schritte, etwa eine öffentliche Positionierung gegen Rechtsextremismus im Kampfsport, wären wünschenswert. Voraussetzung dafür, dass dies glaubhaft geschehen kann, ist jedoch ein konsequenter Ausschluss von organisierten Rechtsextremen aus dem eigenen Kampfsportstudio. Darüber hinaus sollten bekannte Rechtsextreme, Personen mit neonazistischer Szenekleidung etc. auch bei Events keinen Zutritt erhalten.

Spielt Patrick Schröder im Bereich des rechtsextremen Kampfsports auch eine Rolle?

Patrick Schröder versucht das Thema Kampfsport in der extremen Rechten weiter zu popularisieren, auf verschiedenen Ebenen: Das Unternehmen, dessen Geschäftsführer er lange war, vertreibt zum Beispiel die Kleidung der neonazistischen Kampfsportmarke „White Rex“. Als neonazistischer Influencer sammelte er Spenden für die Finanzierung einer Reihe von Tutorial-Videos mit einem Neonazi-Kampfsportler und Hooligan. Das Ziel war es, darüber junge Rechtsextreme zu motivieren Kampfsport zu betreiben, ihre „Wehrhaftigkeit“ zu steigern und auf die Auseinandersetzung mit politischen Gegnern vorzubereiten. Solche Videos könnten damit eine weitere Verbreitung und Brutalisierung rechter Gewalt fördern. Den Besuch des klandestin organisierten Kampfsportevents in Ungarn, das der europaweiten Vernetzung von Neonazis im Kampfsport dient, hatte ich ja bereits erwähnt. Dem Thema Kampfsport kommt bei Schröder also ein hoher Stellenwert zu.

Stichwort „neonazistischer Influencer“: Weiß man, wie Schröder seine digitalen Angebote finanziert?

Schröder setzt in seiner politischen Arbeit stark auf Personalisierung, Digitalisierung und Monetarisierung. Folgerichtig bittet er als neonazistischer Influencer in seinen Videos regelmäßig um finanzielle Unterstützung für seine politische Arbeit. Wie viel Spenden tatsächlich fließen, ist schwer einzuschätzen. Sie dürften jedoch einen nicht ganz irrelevanten Teil seiner Einnahmen ausmachen und zur Refinanzierung seines neonazistischen Aktivismus dienen. Mindestens seit Mitte 2021 nutzt er für seine Spendensammlungen ein Konto der Vereinigten Sparkassen Eschenbach, Neustadt und Vohenstrauß. Unter anderem sammelte er darüber Spenden für die Finanzierung der angesprochenen Reihe von Tutorial-Videos mit einem Neonazi-Kampfsportler und gewalttätigen Hooligan ein. Das Konto bei der Sparkasse war dabei sehr wichtig für Schröder, da zuvor bereits eine Spendensammlung über eine Crowdfunding-Plattform gelöscht wurde. Dass die Sparkasse das zulässt, ist irritierend. Öffentlich-rechtliche Geldinstitute können anders als Privat- oder Genossenschaftsbanken Konten zwar nicht einfach kündigen. Es liegt jedoch ein Urteil aus einem teils ähnlich gelagerten Fall des Landgerichts Berlin vor, in dem ausgeführt wird, dass eine Vertragsbeziehung durchaus gekündigt werden kann, wenn sonst ein erheblicher Verlust des Ansehens droht. Angesichts der Nutzung des Kontos zur Finanzierung von neonazistischen Kampfsport-Tutorial-Videos erscheint mir das durchaus einen Versuch wert. In jedem Fall dürfte ein neonazistischer Multiaktivist, der auch regelmäßig mit Waffen posiert, keine gute Werbung sein.

Sie spielen auf Bilder bei Instagram an, die ihn mit Waffen zeigen? Warum veröffentlicht er sowas?

Schröder posiert bei Instagram wiederholt auf einem Schießstand, teils mit Waffen im Stil von Sturmgewehren. Ein im Sommer 2023 veröffentlichtes Foto zeigt ihn, wie er auf eine Scheibe zielt, auf der eine menschliche Silhouette mit dem Slogan „Fuck Nazis“ auf dem Pullover angebracht ist. Auf dem nächsten Foto ist die durchlöchernte Scheibe zu sehen. Allem Anschein nach wird hier also das Schießen auf Nazigegner trainiert bzw. dargestellt. Es ist naheliegend, das als Drohung zu interpretieren und verdeutlicht anschaulich die Gefahr, die von Rechtsextremen mit Waffen ausgeht.

Leider ist Schröder damit in guter Gesellschaft: Deutsche und insbesondere bayerische Neonazis gehen bei „Jimi“, einem Schießstand in der Nähe der tschechischen Stadt Cheb, ein und aus. Das reicht von kleinen, regionalen Gruppen wie der „Division Bärnau“ aus dem Landkreis Tirschenreuth bis hin zu bundesweiten, militanten Strukturen wie „Combat 18“, die mittlerweile verboten wurden. Der Umgang mit Waffen und Munition scheint bei „Jimi“ nur bedingt reglementiert zu sein, das ist kein Vergleich zum seriösen Sportschießen in Deutschland. Daraus resultieren ernsthafte Gefahren, beispielsweise, dass dort illegal Munition beschafft wird. Auch, dass im Vorraum rechte Devotionalien zu finden sind, dürfte für Neonazis attraktiv sein.

Zum Abschluss die Frage: Was kann bzw. was sollte man gegen die angesprochenen Phänomene unternehmen?

Es gibt viele Möglichkeiten, gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Vor Ort könnte man etwa ganz konkret die Handlungsspielräume der extremen Rechten einschränken, Ansatzpunkte wurden ja vielfältig aufgezeigt. Positiv daran ist, dass sich Effekte hier häufig relativ unmittelbar einstellen, beispielsweise wenn Rechtsextreme aus Räumen oder Vereinen geworfen werden. Gleichzeitig handelt es sich dabei immer auch um einen Beitrag im Ringen um Hegemonie. Hinzu kommt, dass solche kleinen Erfolgserlebnisse für Aktive gegen Rechtsextremismus wichtig sind, um Selbstwirksamkeit zu erfahren und langfristig motiviert zu bleiben.

In jedem Fall reicht es einfach nicht mehr aus, sich nur zu informieren, kurz zu erschauern oder empört zu sein und am Ende doch zur Tagesordnung überzugehen. Dafür ist die extreme Rechte, unterstützt durch die Krisen der Gegenwart, einfach zu stark geworden. Die Gefahr für die Demokratie und auch ganz konkret für jene Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechtsextremen passen, muss endlich ernstgenommen werden. Und diese Gefahr wirklich ernst zu nehmen, heißt dann auch aktiv zu werden. Für konkretere Tipps würde ich gerne auf die neue Broschüre „Nazis hassen diese Tricks. 20 Überlegungen zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus“ der DGB-Jugend verweisen.



Die Broschüre „Nazis hassen diese Tricks. 20 Überlegungen zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus“ kann hier kostenlos heruntergeladen werden.

Jan Nowak

Mitarbeiter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern und schwerpunktmäßig für die Bezirke Niederbayern und Oberpfalz zuständig. Weitere Informationen: www.lks-bayern.de

Antisemitismus – und jetzt?

Hans Simon-Pelanda

Im Nahen Osten ist ein Krieg ausgebrochen. Die Berichterstattung der Boulevardpresse mit immer neuen Schreckensnachrichten und unerträglichen Horrorbildern zum Überfall der Hamas auf Israel am 8. Oktober und dem folgenden Kampf um den Gazastreifen, schürt – wie bei Gewaltexzessen und kriegerischen Auseinandersetzungen nicht anders zu erwarten – mit ständig neuen Enthüllungen die Emotionen. Auch im wissenschaftlichen Diskurs werden kontroverse Positionen, was man unter Antisemitismus zu verstehen hat und wann von Menschenrechtsvergehen gesprochen werden darf, als *Meinungskrieg* um die Deutungshoheit geführt. Der Ton ist oft denunziatorisch und aggressiv, nicht selten persönlich beleidigend. Wenn dieser Umgang in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, findet er sich ‚übersetzt‘ am Stammtisch oder speziell in den jüngeren Altersgruppen in Chatgruppen und Blogs wieder, insgesamt simplifiziert, zugespitzt und sprachlich entgleist. Schnell verbreiten sich besonders provokativ gemeinte Aussagen und Symbole für und gegen Einzelpersonen oder Mitglieder von Gruppen und Minderheiten. Ein Blick in die ‚social media‘ und auf die Schmierereien an Straßenecken sowie bei Ausfällen auf diversen Veranstaltungen zeigt dies beklemmend.

In diesem aufgeheizten Klima werden Vorwürfe des Antisemitismus oder der Diskriminierung und des Rassismus wahllos gegen alles ‚Andere‘ zu Totschlagargumenten. Sie werden als Begriffe weniger definiert, denn als ‚wahre Meinung‘ behauptet und in unterschiedlichsten Zusammenhängen benutzt. Nicht mehr zu hinterfragen sind sie, wenn sie nur nach moralischen Gesichtspunkten gewertet oder zur Staatsräson erhoben werden. In dieser Form schließlich kann man sie fast unbegrenzt sowohl ge- als auch missbrauchen.

Wie das?

Gerne hatte man sich in Deutschland allzu blauäugig immer darauf verlassen, dass im Land des selbsternannten ‚Erinnerungs- und Versöhnungsweltmeisters‘ eigentlich Antisemitismus unmöglich sein sollte. Die Prozentangaben von in Umfragen ermittelten antisemitischen oder rassistischen Einstellungen blieben allerdings nach 1945 immer zweistellig. Es dauerte Jahrzehnte, bis antijudaistische Darstellungen („Judensau“) an christlichen Kirchen sichtbar kritisiert oder verhüllt wurden. Fast regelmäßig wurden und werden in krisenhaft empfundenen Zeiten rassistische und besonders antisemitische Parolen und Verschwörungstheorien laut, denen oft schwere Anschläge und ein allgemeines Klima der Einschüchterung und Angst folgten. Jahrelang hat man darauf mit verordneter Entrüstung und moralischen Appellen reagiert, denen aber bestenfalls Versprechen nachhaltiger Bemühungen in der Zukunft folgten – die offenbar wenig fruchteten. Letztendlich verständigte man sich statt auf Erklärungen dann doch lieber auf die scheinbar validen Topoi vom ‚verirrten oder fanatischen Einzeltäter‘ und beruhigte sich zunächst gerne damit, es handle sich um isolierte ‚Angriffe‘ wie bei der Synagoge in Halle, dem Mord an 9 Muslime in Hanau oder den Brandanschlägen auf Unterkünfte für Migranten sowie Sinti und Roma.

Der seit Oktober 2023 tobende Krieg im Gazastreifen, der auf weitere Schauplätze im ganzen Nahen Osten übergreifen droht, hat antisemitische Äußerungen und Vorfälle anschwellen lassen wie nie zuvor. Gleichzeitig werden auch Kritik und politischer Widerstand gegen die teilweise rechtsextreme Politik der Netanjahu-Regierung in- und außerhalb Israels mit dem Vorwurf des „Antisemitismus“ belegt. Besonders in Deutschland als dem Land des versuchten Genozids an Menschen jüdischer Herkunft und jüdischen Glaubens im Holocaust werden der religiöse Anti-Judaismus, der politische Anti-Zionismus und der rassistische Anti-Semitismus kaum unterschieden. Will man nicht bei moralischen Bekenntnissen, bei Verboten oder den Vorschriften einer ‚cancel culture‘ stehen bleiben, kann man sich eine nachhaltige, d. h. permanente Auseinandersetzung mit dem Thema Diskriminierung, Rassismus und damit Antisemitismus nicht ersparen.

Bisherige Bildungsbemühungen – gescheitert?

Aber haben die nicht beständig mit großem Aufwand stattgefunden? Gehörte nicht zum Programm der Reeducation für die Deutschen nach 1945 in der Erziehung zur Demokratie gerade die Auseinandersetzung mit der Ausgrenzung und der Judenverfolgung bis zum Völkermord? Die vielen verschiedenen pädagogischen Ansätze und die vermehrte Aufklärungsarbeit in Schulen und in der Jugendarbeit brachten nicht die erhofften Wirkungen, der latente Antisemitismus tauchte im Alltag wie in der Politik sporadisch wieder öffentlich auf. Wissenschaft und Pädagogik müssen heute kritisch feststellen, dass die Vermittlung über Fakten zum Antisemitismus nicht automatisch eine entsprechende Haltung erzeugte. Denn allzu häufig wird diese Erkenntnis in der Form moralischer Appelle eingefordert; es zeigt sich, dass die schulischen und bildungspolitischen Anstrengungen nicht automatisch gegen antisemitisches Gedankengut und Gewalt gegenüber jüdischen Menschen in Deutschland oder Xenophobie gleichsam „immunisieren“.

In Zeiten krisenhafter Zuspitzungen auf unterschiedlichen Feldern der Gesellschaft, der Politik und der Ökonomie werden in der globalen Wirtschaftskonkurrenz von Staaten die „Anderen“ zu „Feinden“, die man mit allen Mitteln bekämpfen muss, gegen die jedes Mittel ein erlaubt scheint.

Die Rolle der Schule

In der schulischen Bildung setzt die lehrplanmäßig vorgeschriebene Befassung mit dem Holocaust und seinen Folgen in den meisten Bundesländern erst in der neunten Jahrgangsstufe - also bei durchschnittlich 15-Jährigen - ein, im Rahmen des Ethik- und Religionsunterrichts können Themen wie Diskriminierung und Xenophobie schon früher angesprochen werden.

Aber schon vor diesem Zeitpunkt bilden sich bei Heranwachsenden Meinungen zu „Fremden“ aus, erleben sie in unserer mediendominierten Zeit eine Erinnerungskultur, die ihnen unvermittelt begegnet; auch wenn dies für viele Schüler zutrifft, nehmen sich natürlich viele verantwortungsvolle Lehrkräfte und besonders Eltern schon vor der spät einsetzenden Aufklärung dieser Aufgabe an. Warum werden aber Kinder und Jugendlichen nicht Teil unserer Erinnerungsgemeinschaft und so rechtzeitig bei den Gedenktagen, aber auch bei sie verstörenden Vorfällen an die Hand genommen? Niemand redet deswegen einer zu frühzeitigen familiären und pädagogischen Beschäftigung, einem ‚Overprotecting‘, das Wort. Aber Vorurteile gegenüber andersartigen Kinder und Stereotype über das Anderssein generell erleben junge Menschen schon sehr früh und bringen sie bereits verfestigt mit in die Schule.

Erst wenn die Bildungseinrichtungen diese Voraussetzungen mitbedenken müssen und in den Regelunterricht einbeziehen können, wird schulisches Lernen zu Rassismus und Antisemitismus,

zu seinen historischen Wurzeln und unterschiedlichen nationalen Entwicklungen über den Prüfungstag hinaus Spuren hinterlassen. In erster Linie ist eine sichere Grundlage an Wissen aufzubauen, die nicht bei tagespolitischer schwarz-weiß Suche nach Schuldigen und Tabuisierungen samt Sprech- und Diskussionseinschränkungen stecken bleibt.

Zu diesem Grundlagenwissen gehören auch eher gerne verdrängte Wahrheiten aus unseren kapitalistischen Konkurrenzgesellschaften, in der Konkurrenz zu Gegnern und Feinden werden, im Innern wie vor allem auch nach außen. Es hat sich in vielen Bereichen, zwischen Individuen ebenso wie zwischen gesellschaftlichen Gruppen und sogar Nationen ein Schwarz – Weiß – Denken breitgemacht, das zielführende Diskurse fast unmöglich macht und schon ab frühester Jugend auf der jeweiligen Entwicklungsstufe den Umgang miteinander bestimmt.

Vorhandene Stereotype und latente Aggression zu thematisieren, mache sie erst bewusst und führe nicht zu ihrer Verstärkung der Einstellungen oder überfordere die jungen Menschen, lautet die unbewiesene Behauptung von der Position einer geforderten „Schonhaltung“ aus. Man kann sich altersentsprechend auch schon im Grundschulalter beginnend der NS-Zeit und der Judenverfolgung in der Familie und in der Schule annähern, ohne die Kinder zu überfordern oder zu traumatisieren. Die oft heraufbeschworene Ablehnung und pubertäre Abwehrhaltung ist eher zu erwarten, wenn man in der Familie das Thema umgeht und in der Schule dann eine Lehrkraft die Themen zu spät aufmüpfigen Krawallos nahebringen soll. Eine wesentliche Rolle dabei spielen die entsprechenden Materialien, die man inzwischen vielfältig finden kann; z. B. hat das NS-Informationszentrum München ein Programm entwickelt, mit dem Kinder schon früh an einer speziellen Führung zu Ausgrenzung und Solidarität durch Ernst Grube, der als Junge nach Theresienstadt deportiert worden war teilnehmen können. Erst viel später stehen Themen wie Zwangsarbeit, Konzentrationslager und die Verbrechen in diesen auf dem Programm. Die Literatur zu den Themen, die für Kinder und Jugendliche aus der Perspektive Gleichaltriger über die NS-Zeit und darin zur Verfolgung der jüdischen Menschen im Dritten Reich in vielfältigen medialen Darstellungen verfasst wurde, ist nicht mehr zu überblicken. Auch viele Filme und Fernsehproduktionen, die mit altersgerechten Geschichten und Protagonisten gedreht wurden, können herangezogen werden.

Ein gesellschaftliches Klima der Offenheit

Die unmittelbare Zusammenarbeit der verschiedenen schulischen Einrichtungen mit dem Elternhaus beim Thema Antisemitismus kann nur in einer entsprechenden Öffentlichkeit der Erwachsenenwelt stattfinden. Die bereits angeführte Schonhaltung, mit der Erwachsene ohne böse Absicht Kindern und Jugendliche von der historischen und gegenwärtigen Wirklichkeit durch Tabus, selbst auferlegtes Schweigen oder Verdrängen fernhalten wollen, wird irgendwann von jungen Menschen als solche durchschaut werden. So bleibt für sie die Haltung der Erwachsenen unklar, sie selbst müssen sich ausgeschlossen vorkommen und werden Vertrauen verlieren. Der umgekehrte Versuch, durch einen Overkill an Fakten und nicht zur Diskussionen stehenden Forderungen eine ‚richtige‘ Haltung zu erzwingen, scheitert ebenso. Möglicherweise meinen viele Erwachsene zu einem Mittel greifen zu müssen, das sie vielleicht selbst so erfahren haben. Viele haben unter einem Klima der Denkverbote, einem „aristokratischen Missverständnis“ gelitten, weil sie sich gegängelt fühlen, als zu dumm von oben mit der ‚richtigen‘ Sichtweise oder Verkürzungen oder ‚edlen Lügen‘ informiert werden mussten.

Was junge Menschen heute als Streitkultur vielfach vorgeführt bekommen, schreckt sie ab und lässt sie auch vernünftige Argumente ablehnen. Die gemeinsame Suche nach Erklärungen beginnt in den Narrativen der Familie, den Legenden über die Haltungen der Groß- oder eher schon Urgroßeltern. Letztlich lässt sich aus der weithin praktizierten Schuldabwehr, dem damit einhergehenden Selbstmitleid nach der ‚Niederlage‘ (seltener der Befreiung) in den 50-ern, über die hitzigen Debatten um Verantwortung in den 60-ern und 70-ern und der allmählich ‚obrigkeitsstaatlich‘ verordneten Erinnerungskultur ab den 80-ern auch eine ständige Perpetuierung antisemitischer Stereotype ablesen.

Junge Menschen haben ein besonderes Sensorium für ‚rücksichtsvolle‘ Halbwahrheiten, überlegenes Getue von vermeintlichen Autoritäten, fehlende eigene Haltung und mangelnde Souveränität bei jenen, aber besonders beim Ausschluss von Diskussionen entwickelt. Denk- oder Sprechverbote, Einschränkungen der Meinungsfreiheit auch aus bestgemeinten Beweggründen oder die Tabuisierung oder die Verkündung einer Staatsräson schränken ungerechtfertigter Weise die demokratische Meinungsbildung ein. Gerade junge Menschen können im Gegenteil eine gleichberechtigte Teilhabe im Elternhaus wie in der Gesellschaft nicht nur beim Thema Antisemitismus verlangen.

Hans Simon-Pelanda

Ehrenvorsitzender ArGe ehem. KZ Flossenbürg

Beutelsbacher Konsens

Seit 1976 gibt es die Verabredung, dass der „Beutelsbacher Konsens“ Grundlage für schulische und außerschulische politische Bildung sein soll. Er besteht im Wesentlichen aus drei Grundregeln, welche in jüngster Zeit zwar selbst immer intensiver hinterfragt werden. Trotzdem bewertet der Richter am Verfassungsgerichtshof in Rheinland-Pfalz und Professor für Staatsrecht an der Universität Mainz, Friedhelm Hufen diesen mit seinen drei Elementen als bewährt, weil er „keineswegs die Kritik an politischen Meinungen verbietet, die gegen die zentralen Werte der Verfassung verstoßen.“ (a.a.O. 2021, hier S. 31)

Die drei Verhaltensregeln sind:

1. „Überwältigungsverbot. Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbstständigen Urteils“ zu hindern.
2. (Kontroversitätsgebot.) Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zu Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d.h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.
3. (Teilnehmenden-Orientierung.) Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was aber eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. [...]“

Zitat nach Hans-Georg Wehling: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 173-184, hier S. 179 f.

Zum Weiterlesen:

- Jan Harig, Malte Holler: Kontroversen statt Überwältigung und Indoktrination. Beutelsbacher Konsens, online <https://www.anders-denken.info/informieren/beutelsbacher-konsens>
- <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/>
- <https://www.anders-denken.info/informieren/beutelsbacher-konsens>
- Das Neutralitätsgebot: Ein rechtlicher Maulkorb für die politische Bildung? Thesen zu einem aktuellen Problem Hufen-Beitrag „Maulkorb“ eine Quelle Forum für Kinder und Jugendarbeit 2021, Heft, S. 30-32.
https://www.vkjhh.de/fileadmin/user_upload/FORUM_2021/Hufen_FORUM_1-2021.pdf

Erlaubt sind nach Hufen insbesondere:

- Zutreffende Zitate aus Parteiprogrammen und Aussagen führender Mitglieder,
- Stärkung von Medienkompetenz, Nachweis von fake news, Warnung vor „Echokammern“,
- wahrheitsgemäße Berichte über Parteiveranstaltungen und Auftritten führender Mitglieder,
- Hinweise auf Behördenentscheidungen und Gerichtsurteile – z.B. Verurteilung wegen Volksverhetzung; Erwähnung im Verfassungsschutzbericht (lt. VG Köln nicht aber Bezeichnung als „Prüffall“),
- sachliche Bewertungen insbesondere über Verfassungskonformität und Übereinstimmung bzw. fehlende Übereinstimmung mit zentralen Grundsätzen der Verfassung und ethischen Werten. (a.a.O., S. 32)

Zu Verunsicherungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit führte das Meldeportal „neutrale Schule“ der AFD, aber auch andere Meldeportale wie <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/meldestelle-antifeminismus/>
Letzteres ist an sich sinnvoll, steht aber auch bisweilen selbst in der Kritik.

Außerschulische Lernorte

(Auswahl)

Für die historisch-politische Bildung haben wir in der näheren und weiteren Region zum Teil wenig genutzte Ausstellungen und authentische Lernorte.

- Burg Falkenberg Ausstellung zum Thema Widerstand gegen den Nationalsozialismus
 - ➔ <https://www.burg-falkenberg.bayern/museum-schulenburg/museumsinhalte/>
- Gedenkstätte Flossenbürg mit der Dauerausstellung, wechselnden Ausstellungen und pädagogischen Angeboten
 - ➔ <https://www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/de/>
- Wilhelm-Leuschner-Geburtshaus und Stiftung in Bayreuth zum Widerstand
 - ➔ <https://www.wilhelm-leuschner-stiftung.de/index.php/de/> | <https://www.historisches-museum-bayreuth.de/museum/leuschner-gedenkstaette/>
- Nürnberg mit zahlreichen Angeboten
 - 1) Straße der Menschenrechte
 - ➔ https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/strasse_der_menschrechte.html
 - 2) Dokumentations-Zentrum
 - ➔ <https://museen.nuernberg.de/dokuzentrum>
 - 3) Memorium Nürnberger Prozesse
 - ➔ <https://museen.nuernberg.de/memorium-nuernberger-prozesse>



Netzwerke

- Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (lks) mit mobiler Beratung und Betroffenenberatung oder Opferberatung bietet Hilfesuchenden zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten
 - <https://www.lks-bayern.de/>
 - o Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern. Speziell ausgebildeten Berater:innen bieten Unterstützung bei Vorfällen mit neonazistischem, extrem rechtem, rechtspopulistischem und rassistischem Hintergrund.
 - o Kostenlose Beratung für Betroffene von Gewalt und Bedrohung sowie Unterstützung und Dokumentation für Opfer rechtsextremer Gewalt B.U.D. e.V., Postfach 44 01 53, 90206 Nürnberg
 - B.U.D. Hotline 0 151 / 21653 – 187
 - Website von B.U.D. www.bud-bayern.de
 - o Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus F.U.E.R. – Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus
 - Telefonischer Kontakt +49 89 / 2441093 – 90
 - www.beratung-fuer.de
- Ein breites Bündnis für Nordostbayern ist die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
 - <https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/>
 - https://www.instagram.com/allianz_ggn_rechtsextremismus/
- Das Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ wurde unter dem ehemaligen Geschäftsführer von Martin Becher viele Jahre entwickelt. Seit 2023 leitet sein Nachfolger Dr. Philipp Hildmann die Projektstelle gegen Rechtsextremismus und vom Bayerischen Bündnis für Toleranz - Demokratie und Menschenwürde schützen im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad e.V., Markgrafenstraße 34, 95680 Bad Alexandersbad
 - www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Hier gibt es Beratung und pädagogisches Material
 - o Regionalkoordination beim Bezirksjugendring Oberpfalz
 - <https://www.bezirksjugendring-oberpfalz.de/was-wir-tun/sor-smc/>
 - o Aktuell ist Dr. Stephanie Eichinger Koordinatorin beim Bezirksjugendring Oberpfalz als pädagogische Fachkraft in Elternzeitvertretung
 - E-Mail: info@bezirksjugendring-oberpfalz.de

- Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist ein Zusammenschluss von 30 bundesweiten Verbänden und Einrichtungen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Alle Verbände eint das Ziel, politische Jugend- und Erwachsenenbildung zu verbreiten, zu stärken und zu fördern sowie die Interessen dieses Arbeitsbereichs gegenüber Politik, Behörden und Gesellschaft zu vertreten.
→ <https://www.bap-politischebildung.de/>
- GEMINI – die „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung“ – ist eine Arbeitsgruppe im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. In der GEMINI haben sich die bundesweit organisierten Träger Politischer Jugendbildung zusammengeschlossen. Gemeinsam vertreten sie ca. 1.750 Einrichtungen der außerschulischen Bildung (Bildungsstätten, Akademien, Vereine und Volkshochschulen auf örtlicher, regionaler und Bundesebene).
→ <https://www.bap-politischebildung.de/gemini/>

Klassismus

Auf dem 16. Wunsiedler Forum am 17. Oktober 2023 wurde der Themenschwerpunkt „Klassismus“ in den Mittelpunkt der Tagung gestellt.

Im zentralen Beitrag von Andreas Kemper führte dieser aus, dass der ursprünglich englische Begriff „classism“ erstmals in den 1830er Jahren in Zusammenhang mit Manchester-Kapitalismus verwendet wurde. In den 1920er Jahren ist er aber aus der öffentlichen Debatte verschwunden. Eine Renaissance erfuhr der Begriff als er um das Jahr 1970 in den USA wieder auftauchte, eine Wiederbelebung gab es auch in Lateinamerika als „clasismo“.

Eine mögliche Definition bot der Referent an, der Begriff meint „die Herstellung und Unterstützung von Klassenverhältnissen“ und damit von Ausbeutungsverhältnissen.

- Kemper Andreas, Weinbach Heike, Klassismus. Eine Einführung, Münster 2022, 5. Auflage.
- Themenheft bei Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR-SMC) von 2017
Klassismus würdigt Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft herab, enthält ihnen Ressourcen vor und behindert die Partizipation von armen und einkommensschwachen Gruppen. Klassismus ist die am weitesten verbreitete Form der Diskriminierung: Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich und keine Institution, die nicht von Klassismus geprägt ist. Armut spielt dabei oft eine Rolle, sie ist aber nicht der einzige und entscheidende Faktor

→ <https://www.schule-ohne-rassismus.org/wp-content/uploads/TH-Klassismus-LoRes.pdf>

- Arbeit und Leben Klassismus in der Arbeitswelt, hg. v. Arbeit und Leben
Sozialer Status und soziale Herkunft – Schlüsselbegriffe im Kontext „Klassismus“ – spielen eine entscheidende Rolle bei der Frage nach Chancen(-un)gleichheit und Diskriminierung, insbesondere auch im Arbeitsleben. In der diversitätsorientierten Bildungsarbeit gibt es eher wenige Konzepte und Materialien zum Thema. Daher hat die Fachgruppe „Für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus“ beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben ein Bildungsplakat und eine Handreichung entwickelt.

→ https://arbeitundleben.de/images/download/Broschuere_Klassismus.pdf
- Strobl Natascha, Mazohl Michael, Klassenkampf von oben. Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks, Wien 2022.

'Klassismus' ist ein bislang noch wenig bekannter Begriff zur Bezeichnung der individuellen, institutionellen und kulturellen Diskriminierung und Unterdrückung aufgrund des tatsächlichen, vermuteten oder zugeschriebenen sozial- oder bildungspolitischen Status. Menschen in Armutsverhältnissen wird zum Beispiel gewalttätiges Verhalten oder Alkoholismus stereotyp unterstellt und medial inszeniert, obwohl diese Phänomene klassenübergreifend gleichermaßen vorkommen.

Der Begriff 'Klassismus' beschreibt die Erfahrung persönlicher Diskriminierung von Menschen als gesellschaftliches, strukturelles Problem. Damit ergänzt und überschneidet er sich mit der Analyse von Rassismus, Sexismus und anderen Diskriminierungsformen. Zum ersten Mal liegt nun eine Einführung in deutscher Sprache vor. Die Verfasser_innen zeigen die Ursprünge des Klassismusbegriffs auf, seine Alltags- und Widerstandspraxen in den USA sowie seine politische Anschlussfähigkeit im Kontext der Bundesrepublik.

Klappentext zu Kemper Andreas, Weinbach Heike, Klassismus. Eine Einführung, Münster 2022

Auswahl an weiterführenden Literaturhinweisen

- Fachverlage wie der Wochenschau-Verlag bieten eine Fülle von Spezialliteratur von Autoren wie Ottfried Höffe oder Friedhelm Hufen u. v. a. m.

→ www.wochenschau-verlag.de

- Die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) stellt Literatur online und in Printausgaben zur Verfügung, auch das Magazin „Fluter“ oder die Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ unter dem Titel „Aus Politik und Zeitgeschichte (apuz)“

→ <https://www.bpb.de/>

- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

→ <https://www.blz.bayern.de/>

- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) mit KIM-Studie 2022 und JIM-Studie 2023 und weiterführender Literatur

→ <https://www.mpfs.de/startseite/>



NACHWORT

Diese Veröffentlichung entstand als Ergebnis einer jahrelangen Zusammenarbeit von drei Partnerschaften für Demokratie in der nördlichen Oberpfalz (in alphabetischer Reihenfolge).

Der Projektträger der Umfrage „Demokratie & Du“ in Tirschenreuth ist das Netzwerk Inklusion

Christina Ponader

Sozialpädagogin M.A. (FH)

Netzwerk Inklusion Landkreis Tirschenreuth

Kirchplatz 4-5

95666 Mitterteich

Tel. 09633/923198-882

www.inklusion-tirschenreuth.de

<https://www.facebook.com/inklusiontirschenreuth>



Demokratie leben in der Mitte Europas

Träger der Koordinierungs- und Fachstelle

der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Tirschenreuth

im Bundesprogramm "Demokratie leben!":

Sonja Schmid

Bahnhofstr. 20 b

95643 Tirschenreuth

Tel. 09631/79822-21

info@demokratie-leben-in-der-mitte-europas.de

www.demokratie-leben-in-der-mitte-europas.de



Neustadt lebt Demokratie

Träger der Koordinierungs- und Fachstelle

der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Neustadt

im Bundesprogramm "Demokratie leben!":

Kreisjugendring Neustadt a. d. Waldnaab

Knorrstraße 12

92660 Neustadt a. d. Waldnaab

Telefon: +49 9602 79-2929 oder 79-2900

Telefax: +49 9602 79-2955

ASpeiser@neustadt.de

Tel.: 09602 792940

WhatsApp/ Signal: 0170 4156127



Neustadt lebt Demokratie

Weiden ist tolerant

Träger der Koordinierungs- und Fachstelle
der Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Weiden
im Bundesprogramm "Demokratie leben!":
Arbeit und Leben in Bayern gGmbH
Karl-Heilmann-Block 13
92637 Weiden



Herbert Schmid

Tel: 09 61/ 63 45 77 01

Fax: 09 61/ 63 45 77 12

E-Mail: schmid@arbeitundleben-bayern.de

Internet: www.arbeitundleben-bayern.de



Der besondere Dank gilt den Mitwirkenden

- Inhaltliche Beiträge von Jan Nowak und Prof. em. Dr. Hans Simon-Pelanda
- Karin Weinbeck für die Erstellung Fragebogen
- Christina Ponader für die Beratung bei der Erstellung der Fragebögen
- Verena Waßink für die Auswertungen
- Diana Efremenkov für das Korrekturlesen
- Für die Gestaltung der Broschüre Susanne Kitlinski und Max Hegner.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.

Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P.:

Herbert Schmid
Arbeit und Leben in Bayern gGmbH
Karl-Heilmann-Block 13
92637 Weiden in der Oberpfalz

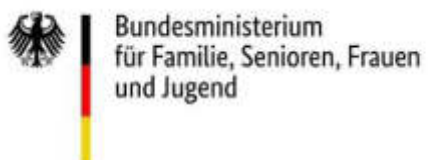
Telefon: +49 (0) 961 634577-01

bayern@arbeitundleben.de

<https://arbeitundleben-bayern.de/>

Wir freuen uns über Fragen, Anregungen und Anmeldungen!

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**